

## Die amerikanische Außenpolitik nach dem Regierungswechsel

## Erster Teil

Der außenpolitische Teil der Kongreßbotschaften Trumans und Eisenhowers  
vom 7. Januar und 2. Februar 1953

Von Wilhelm Cornides

An die Stelle der jährlichen State of the Union Message des amerikanischen Präsidenten sind in diesem Jahre zwei bedeutsame Erklärungen getreten. Präsident Harry S. Truman ließ im Kongreß am 7. Januar 1953 einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die acht Jahre seiner Regierung verlesen. Der neugewählte Präsident Dwight D. Eisenhower trug sein Regierungsprogramm am 2. Februar vor und fand damit im Kongreß eine außerordentlich positive Resonanz. In den Berichten der Presse haben die beiden ersten außenpolitischen Maßnahmen Eisenhowers, die Kündigung der Geheimabkommen des Zweiten Weltkrieges und die „Entneutralisierung“ Formosas, den Rest seiner Botschaft ganz in den Hintergrund treten lassen. Trumans Rechenschaftsbericht hat als persönliche Leistung des scheidenden Präsidenten und seiner engsten Mitarbeiter starke Beachtung gefunden. Sein volles Gewicht hat er jedoch erst durch die nachfolgende Botschaft Eisenhowers erhalten. Die beiden Dokumente bezeichnen zusammen einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der Vereinigten Staaten: Das Ende der zwanzigjährigen Regierungszeit der Demokraten und den Ausklang der Ära Roosevelts. Die nachfolgenden Ausführungen wollen noch keine Antwort auf die Frage geben, ob der Regierungswechsel einen Systemwechsel der amerikanischen Außenpolitik mit sich bringen wird. Sie wollen nur einige Gesichtspunkte dazu liefern, die in der bisherigen Diskussion noch wenig Beachtung gefunden haben.

## Das Erbe Wilsons und Roosevelts

*Moral und Machtpolitik*

Truman und Eisenhower begnügten sich damit, ihre Maßnahmen und Pläne mit den Erfahrungen aus der „schmerzlichen Zeit der Prüfung und Ernüchterung nach 1945“ (Eisenhower) zu begründen. Falls sie sich selbst die Frage vorgelegt haben, ob die Gründe der gegenwärtigen weltpolitischen Spannungen weiter in die Vergangenheit zurückreichen, so haben sie die Welt an den Ergebnissen dieser Gewissenserforschung nicht teilnehmen lassen.

Der neue Präsident streifte in seiner Botschaft die Vergangenheit nur mit drei Sätzen: Die republikanische Regierung könne ihre Aufgabe nicht von einem reinen Tisch aus in Angriff nehmen. Vieles liege bereits schriftlich fest und ließe sich nicht sofort rückgängig machen oder ändern, darunter die Staatsschuld (in Höhe von 265 Milliarden Dollar). Truman hat sich in seinem Rechenschaftsbericht mit der Entwicklung der letzten acht Jahre auseinandergesetzt. Aber auch er setzt bei seinem Regierungsantritt am 12. April 1945 ein, dem Todestag Franklin D. Roosevelts. Damals waren, mit Ausnahme der Verwendung der Atombombe, die wesentlichen politischen Entscheidungen, die das Gesicht der Nachkriegszeit prägen sollten, bereits gefallen.

Präsident Trumans Erklärung für die Entstehung

des „Kalten Krieges“ ist im wesentlichen moralischer und rechtlicher Art:

„Es ist ein Kampf, so alt wie die Geschichte der Menschheit, in dem die Freiheit gegen die Tyrannei steht. Denn jene grauenhafte Auffassung, nach der die Menschen keinerlei Rechte besitzen, sondern dem Staat auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind, ist die alles beherrschende Idee des Sowjetregimes.“

Diese Auffassung — nebst all den daraus resultierenden Konsequenzen — geriet zwangsläufig mit den Bemühungen der freien Völker, eine gerechte und friedliche Welt aufzubauen, in Konflikt. Der ‚Kalte Krieg‘ zwischen den Kommunisten und der freien Welt ist nichts mehr und nichts weniger als der Versuch der Sowjets, im Verfolg ihrer eigenen furchtbaren Zielsetzung unsere friedlichen Bestrebungen zu durchkreuzen und zunichte zu machen.“

Das geistige Erbe Wilsons und Roosevelts und einer langen Tradition angelsächsischer Politik ist in diesen Sätzen unverkennbar. Wir wissen, daß neben dieser Haltung in den verantwortlichen Kreisen der amerikanischen Politik auch andere, wesentlich differenziertere Auffassungen vertreten wurden. Dafür zeugen die menschlich und sachlich erschütternden Tagebücher von James Forrestal<sup>1</sup> und das Buch von

<sup>1</sup>) „The Forrestal Diaries: The Inner History of the Cold War“, edited by Walter Millis with the collaboration of S. E. Duffield, with an introductory note by Viscount Alexander of Hillsborough, London 1951.



George F. Kennan „Amerikanische Außenpolitik 1900—1950 und die Herausforderung der sowjetischen Macht“<sup>2</sup>. Forrestal war von Juni 1940 bis Ende 1948 ununterbrochen an Schlüsselstellungen der amerikanischen Verteidigungspolitik, zuletzt als Verteidigungsminister tätig und ist schließlich an seelischer und physischer Ueberlastung zusammengebrochen. Er hat das Dilemma der amerikanischen Außenpolitik im Juli 1947 in einem lapidaren Satz zusammengefaßt<sup>3</sup>: „Unser Problem: Wie bringen wir die Macht, die wir jetzt besitzen, die Scheu, sie positiv einzusetzen, die reale Notwendigkeit dieses Einsatzes und unsere nationalen Ideale in Uebereinstimmung?“ George Kennan, seit einem Vierteljahrhundert Berufsdiplomat, Schöpfer der Planungsabteilung des State Department, „Mister X“ des berühmten Aufsatzes „Ueber die Gründe des sowjetischen Verhaltens“ vom Juli 1947, bis vor kurzem Botschafter in Moskau, jetzt in Bern, hat den gleichen Gedanken zu einer Theorie der amerikanischen Außenpolitik erweitert.

#### Die Thesen George Kennans

Kennan sieht einen der Hauptgründe für die weltpolitischen Spannungen der Nachkriegszeit in dem mangelnden Verständnis der Völker für die machtpolitischen Hintergründe des Zweiten Weltkrieges<sup>4</sup>. Seiner Ansicht nach war es schon vor Ausbruch des Krieges klar, daß er militärisch nicht völlig gewonnen werden konnte. Das Uebergewicht der Land- und Luftstreitkräfte lag eindeutig bei den drei totalitären Staaten Deutschland, Japan und Sowjetrußland, die alle drei gefährliche Gegner der westlichen Demokratien waren. Hätten sich diese drei Mächte gegen Ende der dreißiger Jahre zusammengeschlossen, so wäre es den Großmächten unmöglich gewesen, sie auf der eurasischen Landmasse zu besiegen. Japan war die einzige der drei Mächte, die möglicherweise ohne Mithilfe eines der beiden anderen totalitären Staaten von den Westmächten besiegt werden konnte. Deutschland und die Sowjetunion waren gemeinsam nicht zu schlagen. Stalin wie Hitler konnten nur besiegt werden, wenn einer von beiden auf seiten der Westmächte mitkämpfte. Eine solche Zusammenarbeit mit den Westmächten mußte aber am Ende einen gewaltigen Machtzuwachs für den überlebenden totalitären Staat bringen und ihm im Zuge der notwendigen militärischen Operationen große Teile Osteuropas in die Hände spielen. Die Westmächte waren bei Kriegsausbruch der militärisch schwächere Teil, und daher mußten sie den Preis für die Waffenhilfe eines totalitären Staates bezahlen. Die Alternative, Deutschland und Rußland gegeneinander auszuspielen und in einen Krieg zu verwickeln, in dem die Westmächte

neutral geblieben wären, ist nach Kennans Ansicht nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Eine solche Politik hätten die demokratischen Länder auch dann nicht betreiben können, wenn sie über die dazu nötige Skrupellosigkeit verfügt hätten. Der Zweite Weltkrieg konnte daher von den Westmächten aus ihrer unterlegenen Ausgangsstellung nur mit dem defensiven Ziel des Ueberlebens geführt werden. Es war eine Illusion zu glauben, daß daraus eine bessere, demokratische Weltordnung hervorgehen könnte. In dieser „legalistisch-moralistischen Grundhaltung“<sup>5</sup> und nicht in einzelnen Konzessionen, die der Sowjetunion in Teheran, Jalta und Potsdam gemacht wurden, sieht Kennan die verhängnisvollsten Fehler der westlichen Politik:

„Wer davon ausgeht, daß es ein Gesetz gibt, muß natürlich über den Rechtsbrecher empört sein und sich ihm moralisch überlegen fühlen. Schlägt eine solche Empörung in eine militärische Auseinandersetzung um, so kennt sie keine andere Grenze als die völlige Unterwerfung des Rechtsbrechers — nämlich die bedingungslose Kapitulation. Es ist sonderbar aber wahr, daß das Rechtsdenken in der Weltpolitik, das ohne Zweifel dem Bedürfnis entspringt, Krieg und Gewalttätigkeit auszuschalten, die Gewalttätigkeit dauerhafter und schrecklicher macht und die politische Stabilität nachhaltiger zerstört als die älteren Motive der Staatsraison. Ein Krieg, der im Namen hoher moralischer Grundsätze ausgefochten wird, hört erst auf, wenn eine Form totaler Herrschaft erreicht ist... Es gibt keinen totalen Sieg, außer dem Völkermord, es sei denn ein Sieg über die Gehirne der Menschen. Totale militärische Siege sind selten geistige Siege... Früher waren die Kriegsziele im allgemeinen beschränkt und konkret, der Erfolg militärischer Operationen wurde daran gemessen, ob sie zur Verwirklichung dieser Kriegsziele beitrugen. Sind die Kriegsziele aber moralisch und ideologisch, und laufen sie auf eine Veränderung der Haltung und der Traditionen ganzer Völker oder des Charakters eines Regimes hinaus, dann kann der Sieg wohl überhaupt nicht nur mit militärischen Mitteln und in relativ kurzer Zeit errungen werden — und vielleicht liegt hier die Quelle unserer Konfusion“<sup>6</sup>.

#### Die Auffassung Eisenhowers

Präsident Eisenhower wird die Fragen, die in der Hast der Kriegskonferenzen nur provisorisch geregelt werden konnten, endgültig zu entscheiden haben — sei es durch Sanktionierung, sei es durch die Revision der Politik Roosevelts. Wenn Kennans Auffassung richtig ist, daß auch Roosevelt keine freie Hand hatte, sondern durch Entwicklungen gebunden war, die bis zum Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg zurückreichen, dann steht Eisenhower heute vor der Aufgabe, die Bilanz des ersten halben Jahrhunderts amerikanischer Weltmachtspolitik zu ziehen.

Seine Botschaft enthält einige Andeutungen darüber, in welcher Stimmung er an diese Aufgabe heran-

<sup>2</sup>) George F. Kennan: „American Diplomacy 1900 and the Challenge of Soviet Power“, Chicago 1951.

<sup>3</sup>) Forrestal a. a. O., S. 26.

<sup>4</sup>) Kennan a. a. O., S. 74 ff.

<sup>5</sup>) Kennan a. a. O., S. 95.

<sup>6</sup>) Kennan a. a. O., S. 101.



geht. Er sieht „die klare Lehre aus den kostspieligen Erfahrungen der letzten Jahre“ darin, daß „die freie Welt nicht auf unbestimmte Zeit in einem Zustand lähmender Spannung verharren kann, die dem Aggressor für immer die Wahl der Zeit, des Ortes und der Mittel überläßt, um uns möglichst großen Schaden bei geringsten eigenen Verlusten zuzufügen.“ Truman wollte „eine zusammenarbeitende Gemeinschaft der freien Menschen“ schaffen, die im Laufe der Zeit immer stärker werden und eine solche Anziehungskraft auf die unterdrückten Völker ausüben sollte, daß den sowjetischen Machthabern nichts anderes übrigbliebe, als „ihre Wege zu ändern oder zugrunde zu gehen“. Eisenhower sagt nun, „es gibt nur einen sicheren Weg zur Vermeidung eines totalen Krieges — und das ist der Sieg im Kalten Krieg“. Während Truman eine allgemeine Umkehr der sowjetischen Politik in einer noch unbestimmten Zukunft anstrebte, scheint Eisenhower an zeitlich und örtlich begrenzte Aktionen im Rahmen einer Gesamtstrategie des Kalten Krieges zu denken. Deren operatives Ziel ist vor-

läufig nicht ausgesprochen worden. Die Notwendigkeit, darüber zu entscheiden, ist die schwere Erbschaft, die Roosevelt seinen Nachfolgern hinterlassen hat. Präsident Truman konnte nur Nachlaßverwalter sein. Man kann feststellen, daß die amerikanische Öffentlichkeit der weltpolitischen Entwicklung der letzten Jahre mit einem tiefen, aus Angst und unerprobtem Kraftgefühl gemischten Unbehagen gegenübersteht. Was sie in „Ike“ suchte, war nicht die feinnervige Sensibilität, die Adlai Stevenson so sympathisch verkörperte, sondern die robuste Entschlußkraft eines Mannes, der keine Scheu hat, „frei aus der Hüfte heraus zu schlagen“, wie Eisenhower einmal im Wahlkampf sagte, und der doch als Soldat und Diplomat gute Nerven und Disziplin gezeigt hat. Good old Ike als überlegener Gegenspieler des diabolischen „Väterchen Stalin“ in dem catch-as-catch-can der Weltpolitik — das etwa wäre in der vereinfachten Zeichnung der comic strips das Wunschbild der neuen amerikanischen Außenpolitik, dem der Präsident Eisenhower nun gerecht werden muß.

## Das Ringen um eine einheitliche Außenpolitik

### Die unbeantworteten Fragen

Die Erfahrungen der letzten Jahre sprechen dafür, daß Eisenhowers außenpolitische Aktionen zu einem erheblichen Teil aus innenpolitischen Kämpfen bestehen werden.

Zehn Tage vor seinem Tod sandte Präsident Roosevelt eine persönliche Botschaft an Stalin, in der er die rapide Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen seit der Konferenz von Jalta feststellte und von der schweren Gefahr des Zerfalls der Kriegskoalition sprach<sup>7</sup>.

In den folgenden Wochen richtete Averell Harriman, damals Botschafter in Moskau, eine dringende Warnung vor der russischen Politik nach der anderen nach Washington. Am 12. Mai 1945 stellte Harriman nach einem kurzen informatorischen Aufenthalt acht bohrende Fragen, in denen, wie in einer Nußschale, die ganze Problematik der amerikanischen Nachkriegspolitik enthalten war<sup>8</sup>:

„1. Abkommen von Jalta: Sollen die Beschlüsse der Konferenz im Lichte der Tatsache revidiert werden, daß Rußland seinen Teil der Vereinbarungen nicht eingehalten hat, und unter dem Gesichtspunkt, daß die Einstellung der Feindseligkeiten in Europa eine andere Sachlage geschaffen hat als die, auf der das Abkommen aufgebaut war?

2. Wie dringend ist die Notwendigkeit der Teilnahme Rußlands am Krieg mit Japan?

4. Besetzung Japans: Soll Rußland teilnehmen oder nicht?

5. Korea: Roosevelt hat die treuhänderische Verwaltung Koreas vorgeschlagen und Stalins Antwort war die Frage, warum Treuhänderschaft notwendig sei, wenn die Koreaner eine befriedigende Regierungsbildung vornehmen — nach Harrimans Ansicht konnte es sich dabei nur um eine bolschewistische Regierung handeln.

6. Hongkong: Sollen wir versuchen, die Briten aus Hongkong herauszukriegen oder versuchen, die Chinesen zu einer Vereinbarung zu überreden, die ihnen einige Rechte in Hongkong belassen würde?

7. Indochina: Wollen wir militärische Rechte in Indochina? Wollen wir den Franzosen freie Hand lassen und den Vorschlag einer treuhänderischen Verwaltung fallen lassen?

8. Was ist unser Ziel für die Zukunft Japans? Zerstörung? Erhaltung der Macht?“

Damals wurde beschlossen, diese Fragen „zur Diskussion mit dem Präsidenten“ zu formulieren. Es kam jedoch zu keiner allgemeinen Aussprache darüber. Weder auf der Konferenz von Potsdam noch auf den anschließenden Außenministerkonferenzen sind Anzeichen einer Gesamtkonzeption der amerikanischen Außenpolitik sichtbar geworden. Während an allen von Harriman aufgezeigten Gefahrenpunkten der russische Druck zunahm, wurden die amerikanischen Streitkräfte von fast 14 Millionen (1945) auf 1,37 Millionen (März 1948) demobilisiert, und der Wehrhaushalt sank von rund 79 Milliarden Dollar (1945) auf rund 9,7 Milliarden (1948)<sup>9</sup>. Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, daß sich bis zu dem kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei kaum eine öffentliche Opposition dagegen erhob. An den wesentlichen Entscheidungen waren beide Parteien beteiligt. Der Kriegsminister Roosevelts, Henry L. Stimson, und Trumans erster Verteidigungsminister (seit Juli 1947),

<sup>7</sup> Forrestal a. a. O., S. 55.

<sup>8</sup> Forrestal a. a. O., S. 70/71, notiert die Punkte in Stichworten; Punkt 3 ist hierbei nicht erwähnt.

<sup>9</sup> „National Military Establishment“, First Report of the Secretary of Defense, 1948.



James Forrestal, waren Republikaner. John Foster Dulles und Senator Vandenberg waren bei den internationalen Verhandlungen mit eingeschaltet. General Eisenhower war als Chef des Generalstabes ebenso daran beteiligt wie sein Nachfolger, General Bradley, oder der nicht zuletzt wegen seiner überparteilichen Stellung zum Außenminister ernannte General Marshall. Es war also nicht etwa eine kleine exklusive Gruppe, sondern die ganze erste Garnitur der amerikanischen Politik, die seit Anfang 1945 im Besitz ausreichender Informationen über das russische Vorgehen war, die entscheidenden Fragen kannte und doch zu keiner klaren, einheitlichen Entscheidung kam.

*Die innenpolitische Bedeutung der „positiven Außenpolitik“*

Präsident Truman hob in seinem Rechenschaftsbericht hervor, daß die radikale Abrüstung und die gleichzeitigen Bemühungen um eine friedliche Verständigung mit der Sowjetunion eine der Ursachen für die heutige Stärke der amerikanischen Position seien: „Unsere ganze moralische Position, unsere führende Stellung, die wir heute in der freien Welt einnehmen, wird durch diese Tatsache gefestigt.“ Das ist die gleiche Argumentation, mit der Neville Chamberlain seine Außenpolitik rechtfertigte, die zum Münchener Abkommen führte. In beiden Fällen waren neben der unzweifelhaften Absicht, alle Möglichkeiten friedlicher Verständigung mit den totalitären Staaten auszuschöpfen, auch die Angst vor unpopulären Maßnahmen und der Mangel an politischer Koordination entscheidende Faktoren. Kennan schrieb dazu: „Die Geschichte wird uns unsere nationalen Fehler nicht deshalb verzeihen, weil sie aus innenpolitischen Gründen erklärlich sind<sup>10</sup>“. Man muß die „schmerzliche Zeit der Prüfung und Ernüchterung“ seit 1945 im Auge behalten, um Eisenhowers Forderung nach einer „neuen, positiven Außenpolitik“ mit globaler Zielsetzung zu verstehen. Darin liegt nichts Revolutionäres, sondern im Gegenteil der Versuch, die innenpolitischen Voraussetzungen für eine außenpolitische Tradition zu schaffen. Die Öffentlichkeit soll daran gewöhnt werden, daß die Regierung in der Außenpolitik „einen Auftrag zur Führung“ (Eisenhower) hat und auf lange Sicht planen und disponieren muß. Diese an sich elementare Tatsache muß in der amerikanischen Öffentlichkeit, die erst seit etwa vierzig Jahren anfängt, sich mit außenpolitischen Fragen zu beschäftigen, noch in das politische Unterbewußtsein einsinken, ehe die Grundlagen für eine kontinuierliche Außenpolitik geschaffen werden können.

*Die Koordinierung der amerikanischen Sicherheitspolitik*

In dem außenpolitischen Programm des neuen Präsidenten nimmt die Koordinierung der Verteidi-

gungspolitik einen großen Raum ein. Er ist offensichtlich entschlossen, aus den Erfahrungen der letzten Jahre die Konsequenzen zu ziehen. Dabei steht ihm eine vierfache Aufgabe bevor: er muß die Rivalitäten zwischen Heer, Luftwaffe und Marine schlichten, den Wehrhaushalt im Kongreß durchsetzen, die Verteidigungspolitik in seine globale Außenpolitik einordnen und diese in den Grenzen einer tragbaren Belastung für die amerikanische Wirtschaft halten.

Die National Security Act von 1947 hat die 1798 verfügte Teilung des Kriegsministeriums in ein Heeres- und Marineministerium aufgehoben und die „Nationale Wehrmacht“ (National Military Establishment) einem Verteidigungsminister unterstellt. Die Rivalität zwischen den Wehrmachtsteilen wurde dadurch nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt. Der Verteidigungsminister bekam die Aufgabe, die „allgemeine Politik und Planung“ zu bestimmen und zu kontrollieren. Heer, Luftwaffe und Marine behielten ihre Autonomie und waren zunächst noch selbständig neben dem Verteidigungsminister und dem Außenminister in dem unter Vorsitz des Präsidenten tagenden Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) vertreten. Eine ähnliche Situation herrschte im Nervenzentrum der strategischen Planung, dem Amt der Vereinigten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff), das sich aus den Generalstabschefs des Heeres und der Luftwaffe, dem Chef der Operationsabteilung der Marine (seit Dezember 1948), einem vom Präsidenten bestimmten Vorsitzenden ohne Stimmrecht und einem gemeinsamen Stab der drei Wehrmachtsteile zusammensetzt. Zieht man dazu das riesenhafte Wachstum der Streitkräfte während des Krieges, die überstürzte Demobilisierung, die hastige Wiederaufrüstung und die durch die Erfindung der Atombombe eingeleiteten technischen Umwälzungen mit in Betracht, so wird das Ausmaß der Koordinierungsprobleme sichtbar, die in dem Begriff einer „globalen Sicherheitspolitik“ enthalten sind. Dazu kommt, daß die drei Wehrmachtsteile aus der Zeit ihrer völligen Selbständigkeit ihre eigenen politischen Verbindungen im Kongreß haben und nur schwer davon abzubringen sind, davon Gebrauch zu machen.

Vor diesem Hintergrund sind die wilden und rücksichtslosen Kämpfe um die Wehrhaushalte verständlich, bei denen sich persönlicher und Ressortehgeiz, technische, strategische und wirtschaftliche Ueberlegungen zu einem oft fast unentwirrbaren Knäuel verfilzten. Präsident Eisenhower, der selbst als Erster Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff im Mittelpunkt dieser Kämpfe gestanden hat, wird über mehr Autorität verfügen als sein Vorgänger, dessen militärische Kompetenz als ehemaliger Hauptmann der Artillerie manchmal in recht respektloser Weise angezweifelt worden ist. Aber auch an ihn wird die neue Gesetzgebung zur Klärung der Verantwortungsbereiche der

<sup>10</sup>) Kennan a. a. O., S. 73.



Wehrmachtsteile des Nationalen Sicherheitsrates und der zivilen Instanzen gewaltige Anforderungen stellen. Hinter all diesen Ueberlegungen wird die Frage stehen, wer im Ernstfall über den Einsatz der Atombombe und der anderen noch schrecklicheren Ver-

nichtungsmittel des modernen Krieges entscheiden soll. Diese Probleme sind in dem Rechenschaftsbericht Trumans zum ersten Male in aller Offenheit ausgesprochen worden<sup>11</sup>. Eisenhower wird eine Antwort finden müssen.

### Sinn und Grenzen einer globalen Sicherheitspolitik

#### *Das Budgetproblem im Mittelpunkt der Sicherheitspolitik*

„In der Führung der Regierungsgeschäfte beansprucht kein Problem mehr Zeit des Präsidenten als die Vorbereitung des Budgets und das damit zusammenhängende Problem der Manipulierung der Staatsschuld.“ Dieser Satz steht sicher nicht ohne tiefere Absicht in dem Rechenschaftsbericht Trumans. Er hat die Wahlreden noch nicht vergessen, in denen die Republikaner ankündigten, sie würden „den Wirrwarr in Washington“ (the mess in Washington) mit einem großen Besen auskehren. Dazu kommt nun die Ankündigung einer neuen, positiven und globalen Außenpolitik. Ein gewaltiges Programm für einen Präsidenten, der Regierungschef, Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Leiter der Außenpolitik, oberster Personalchef der Bundesverwaltung und Führer der Regierungspartei in einem ist und, wie Truman sagte, „ständig unter dem Schatten der Atombombe lebt“. Wieviel läßt sich davon in vier Jahren verwirklichen?

Präsident Truman hat die Abschlußrechnung des Zweiten Weltkrieges in einer Staatsschuld in Höhe von 279 Milliarden Dollar (Höchststand im Februar 1946) präsentiert bekommen. In den vier ersten Haushaltsjahren seiner Regierung (bis Juni 1949) gelang es ihm, sie auf 251 Milliarden Dollar zu senken. Das war der Erfolg der radikalen Reduzierung des Wehrhaushaltes. Dem stehen die außenpolitischen Rückschläge der Jahre 1945 bis 1948 gegenüber, soweit sie auf das Konto der militärischen Schwäche der Vereinigten Staaten zu buchen sind. Waren sie 28 Milliarden Dollar wert? Von 1945 bis 1952 hat die amerikanische Privatindustrie und Landwirtschaft über 200 Milliarden Dollar in neuen Fabrikanlagen und Maschinen investiert. Bei einer weniger radikalen Abrüstung wäre dies wohl kaum möglich gewesen. Vielleicht hätte dann aber die Wiederaufrüstung nicht so überstürzt in Angriff genommen werden müssen, und die Sicherheitsausgaben (Wehrhaushalt einschließlich Auslandshilfe) wären nicht von 18 Milliarden Dollar (1949) auf 44,4 Milliarden Dollar (1953) angeschwollen. Dies wirkt sich nun wieder in einem Haushaltsdefizit aus, das für 1952/53 auf 5,9 Milliarden Dollar und für 1953/54 auf 9,9 Milliarden Dollar veranschlagt wird.

Mit diesen Hinweisen, die das Problem natürlich nicht erschöpfen, ist die Kernfrage einer positiven und globalen amerikanischen Außenpolitik angedeutet: Welche Sicherheitsausgaben können sich die Vereinigten Staaten auf die Dauer leisten? 1953/54 werden die Sicherheitsausgaben ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen. Können sie in dieser Höhe gehalten werden, ohne die innere finanzielle und wirtschaftliche Stabilität der Vereinigten Staaten und damit der freien Welt zu gefährden? Welche Einsparungen sind möglich, ohne die Sicherheit zu beeinträchtigen? Auf diese und ähnliche Fragen gibt die Botschaft Eisenhowers naturgemäß noch keine Antwort, es sei denn, man legt seine Feststellung, die freie Welt könne nicht auf die Dauer in einem Zustand der Spannung leben, als Antwort aus.

Der Begriff der „nationalen Sicherheit“ ist keine feststehende Größe<sup>12</sup>. Nach Walter Lippmanns Formel ist eine Nation in dem Maße in Sicherheit, in dem sie nicht der Gefahr ausgesetzt ist, „Kernwerte“ (core values) opfern zu müssen, wenn sie einen Krieg vermeiden will, und in dem sie in der Lage ist, einen solchen Krieg zu gewinnen, wenn sie dazu herausgefordert wird<sup>13</sup>.

Die westliche Welt hat den Begriff der Freiheit zu ihrem „Kernwert“ erhoben. Freiheit ist aber nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ziel gesellschaftlicher Entwicklung. Sie setzt die Schaffung einer Ordnung voraus. Eine absolute Sicherung der Freiheit, so wie der Westen sie versteht, würde die Ausdehnung der westlichen Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnungen über die ganze Welt voraussetzen. Dies wäre in unserer Zeit ohne Krieg gegen die Sowjetunion nicht zu erreichen, und es bleibt fraglich, ob überhaupt eine solche die ganze Welt umspannende politische Ordnung zur Sicherung der Freiheit verwirklicht werden kann. Die Alternative ist ein System des Gleichgewichtes der Mächte. Es schließt den Verzicht auf totale Verwirklichung der Freiheit in sich ein. Die Grenzen der Freiheit liegen dort, wo die „Befreiung“ Völkermord wird.

Der Erfolg der Außenpolitik Eisenhowers wird danach beurteilt werden, ob es ihm gelingt, den Vereinigten Staaten und der Welt Sicherheit zu geben, ohne ihre Freiheit in einem neuen Weltkrieg aufs

<sup>11</sup>) Vgl. den Text der Ausführungen Trumans auf S. 5498 ff.

<sup>12</sup>) Vgl. u. a. Arnold Wolfers: „National Security as an ambiguous symbol“, *Political Science Quarterly* Vol. LXVII, Dezember 1952 No. 4. Der Beitrag gibt einen guten Querschnitt

durch die neuere Diskussion über den Begriff der „nationalen Sicherheit“ in den Vereinigten Staaten.

<sup>13</sup>) Walter Lippmann: „US Foreign Policy“ (Boston 1943), S. 51.



Spiel setzen zu müssen. Die Schlußsätze seiner Botschaft deuten an, daß er sich der Aufgabe bewußt ist.

„Wenn unser Herz unsere Stärke auf den Plan ruft, muß unsere Weisheit sie leiten. Es gibt in der Außenpolitik einen Mittelweg zwischen dem Pochen auf Stärke, das als Streitsucht anzusehen ist, und dem Eingeständnis der Hilflosigkeit, das als feig zu gelten

hat. Es gibt in der Innenpolitik einen Mittelweg zwischen einer schrankenlosen Freiheit des Individuums und der Rücksichtnahme auf das Wohl des gesamten Volkes. Auf diesem Weg gilt es, sowohl eine Bürokratie seitens der Regierung als auch eine Vernachlässigung der Hilflosen sorgfältig zu vermeiden.“

(Fortsetzung folgt)

## Anhang

### Erklärungen Präsident Trumans vor dem Kongress über die sowjetische Politik und die internationale Kontrolle der Atombombe vom 7. Januar 1953

#### *Die sowjetische Politik*

Ich komme nunmehr zu der entscheidendsten aller Fragen, zur größten unserer Sorgen: Kann in der Welt dauerhafte Sicherheit, kann ein dauerhafter Friede für alle erreicht werden, oder treiben wir wie nach dem ersten Weltkrieg einer weiteren furchtbaren Katastrophe zu, einer Katastrophe, die diesmal das Gemetzel eines Atomkrieges sein könnte?

Das ist noch immer die überragende Frage unserer Zeit. Die Antwort darauf können wir noch nicht wissen. Wir werden diese endgültige Antwort vielleicht noch lange nicht haben. Aber wir haben während der vergangenen acht Jahre Tag und Nacht für den Frieden gearbeitet und nach dem Weg gesucht, der am sichersten zu Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit in der Welt für uns und die gesamte Menschheit führt.

Dies war vor allem andern die Aufgabe der Vereinigten Staaten seit Ende des zweiten Weltkrieges, und was wir hier bisher erreicht haben, sollte jeden Amerikaner mit echtem Stolz erfüllen. Zumindest haben wir bis zu diesem Tag und dieser Stunde einen totalen Krieg abgewendet. Und im günstigsten Fall ist es uns vielleicht gelungen, Verhältnisse zu schaffen, die den Ausbruch eines solchen Krieges auf absehbare Zeit hinaus unmöglich machen können.

Der zweite Weltkrieg hat die Kräfteverhältnisse der Welt radikal gewandelt. Nationen, die einst groß und mächtig waren, sind zerrüttet und schwach; Verbindungen, Handelswege, politische und wirtschaftliche Bande mannigfaltigster Art wurden unterbrochen und zerstört.

Aus diesen veränderten, verworrenen und chaotischen Verhältnissen gingen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als die beiden stärksten Mächte der Welt hervor. Beide verfügten über gewaltige tatsächliche oder potentielle Kräfte an Menschen und natürlichen Hilfsquellen, wie sie in diesem Ausmaß keine andere Nation aufbieten konnte.

Nichts könnte besser erklären, warum sich die Welt in ihrem derzeitigen Zustand befindet und wie es dazu kam, als die Erkenntnis der diametralen Gegensätzlichkeit der Grundsätze und Methoden dieser beiden Großmächte in einer vom Kriege verwüsteten Welt...

In ihrem eigenen Staat versuchen die Kommunisten riesige Streitkräfte zu unterhalten und auf den modernsten Stand zu bringen. Gleichzeitig bemühen sie sich, das ganze weite, von ihnen beherrschte Gebiet und seine Bevölkerung in eine autarke, moderne industrialisierte Gesellschaft umzuformen. Sie wollen damit erreichen, daß sie eines Tages den gesamten Produktionsstand Westeuropas und

Nordamerikas zusammengekommen übertreffen, um auf diese Weise das wirtschaftliche und militärische Kräfteverhältnis der Welt zu ihren Gunsten zu verschieben.

Sie haben einen langen Weg vor sich, und sie wissen es auch. Aber sie sind willens, Opfer zu bringen und die gesamte heutige Generation aufzubieten, sofern dies zu einer Stärkung ihrer bewaffneten Streitkräfte führt und die industrielle Entwicklung vorantreibt.

Auf außenpolitischem Gebiet versuchen die kommunistischen Herrscher die Grenzen ihrer Welt, wann immer und wo immer sie können, weiter hinauszuschieben. Diese Expansionspolitik haben sie ununterbrochen seit dem zweiten Weltkrieg betrieben und sich dabei aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel bedient.

Wo die sowjetischen Armeen standen, wie zum Beispiel in den Ländern Osteuropas, haben sie allmählich das Lebenslicht freier Institutionen gelöscht. Wo im Gefolge der Nachkriegszeit in den hochindustrialisierten Ländern, wie etwa in Westeuropa, chaotische Zustände herrschten, versuchten die Stalin-Anhänger in den betreffenden Ländern mit allen Mitteln Macht zu gewinnen, und zwar durch politische Manöver, politische Streiks und alle anderen ihnen zu Gebote stehenden Maßnahmen, um freie Institutionen ihren verdammungswürdigen Zielen gefügig zu machen.

Wo es die Umstände erlaubten, haben die sowjetischen Machthaber einen bewaffneten Aufstand der kommunistisch geführten revolutionären Mächte, wie etwa in Griechenland, in Indochina, den Philippinen und China — oder eine unverhohlene Aggression eines der Satellitenstaaten wie etwa im Falle Korea — gefördert und unterstützt.

Überall dort, wo innerhalb des riesigen Gebietes von Asien und Afrika die Kräfte des Nationalismus und das Streben nach Unabhängigkeit und Wandlung der Wirtschaft am Werk waren, versuchten die Kommunisten, sich mit der Sache des Fortschrittes und mit dem Volk zu identifizieren. Sie versuchten, sich als Freunde der Freiheit und des Fortschritts hinzustellen — und das ist sicherlich eines der zynischsten Unterfangen der Geschichte.

Die Kommunisten versuchen somit in allen Teilen der Welt im trüben zu fischen, weitere Länder zu unterjochen und weitere Millionen von Menschen zu versklaven. Sie waren und sind bereit, sich mit jeder Gruppe, von der extremen Linken bis zur extremen Rechten, zu verbünden, die ihnen eine Gelegenheit zur Förderung ihrer Ziele bietet.

Die geographischen Gegebenheiten verschaffen den Kommunisten eine zentrale Position. Sie sind zugleich eine europäische und asiatische Macht, an deren Grenzen viele



der empfindlichsten und wichtigsten Gebiete der sie umgebenden freien Welt liegen. Angesichts dieser Lage können sie ihre Armee und ihre wirtschaftliche Macht dazu verwenden, um in so weit auseinanderliegenden Gebieten, wie Westdeutschland, Persien und Japan gleichzeitig eine ganze Reihe von Bedrohungen entstehen zu lassen oder Fallen zu stellen. Dieser Druck und diese Fallen können beliebig lange beibehalten oder rasch von einem Punkt zum anderen verlagert werden.

Daher streben die kommunistischen Machthaber mit unversöhnlichem Willen an, größere Stärke in ihrem ausgedehnten Empire zu schaffen und Schwäche und Zersplitterung in der freien Welt herbeizuführen, indem sie sich auf die Zeit vorbereiten, die — wie ihr falscher Glaube lehrt — kommen muß: Die Zeit, wo die ganze Welt außerhalb ihres Machtbereiches durch Streitigkeiten und Widersprüche so zerrissen sein wird, daß sie den Kommunisten in den Schoß fällt...

Ich habe hier die Art der kommunistischen Gefahr dargestellt, der unsere Republik und die gesamte freie Welt gegenübersteht. Dies stellt das Ausmaß der Herausforderung dar, der wir seit dem zweiten Weltkrieg gegenüberstehen — einer Herausforderung, die teilweise militärischer und teilweise wirtschaftlicher, teilweise moralischer und teilweise intellektueller Art ist und die uns auf jedem Gebiet menschlicher Bemühungen und auf der gesamten Welt begegnet.

Es war und muß das Ziel der freien Welt sein, nicht nur eine Verteidigung gegen Aggression und Subversion zu organisieren, nicht nur eine Struktur des Widerstandes und der Rettung für die Gemeinschaft der Nationen außerhalb des Eisernen Vorhangs aufzubauen, sondern darüber hinaus den Kräften des Wachstums und des Fortschritts in der freien Welt Ausdruck zu verleihen. Auf diese Weise soll eine zusammenarbeitende Gemeinschaft der freien Menschen organisiert und geeint werden, damit wir nicht zerfallen, sondern im Laufe der Zeit immer stärker werden, während das sowjetische Empire — nicht die freie Welt — schließlich seine Wege ändern oder zugrunde gehen muß...

#### *Internationale Kontrolle der Atomenergie*

Das Kernstück der Verteidigung der freien Welt ist die militärische Stärke der USA. In den Jahren 1945–1949 besaßen allein die USA die Atombombe. Diese Tatsache bildete ein starkes Abschreckungsmittel und stellte an sich schon einen Schutz dar. Als aber die Sowjets ihrerseits eine Atomexplosion auslösten — was eines Tages von ihnen ohnehin erwartet werden mußte —, hatten wir die gesamte Grundlage unserer Stärke zu erweitern. Wir hatten die Pflicht, uns um die Wahrung unseres Vorsprungs auf dem Gebiet der Atomwaffen zu bemühen. Wir mußten unsere bewaffneten Streitkräfte im allgemeinen verstärken und unsere Produktionskapazität erweitern. Wenn man unsere Mobilisierung historisch betrachtet, dann war es die Atomexplosion in Sowjetrußland im Herbst 1949, neun Monate vor der Aggression in Korea, die die Planung unseres Programms zur wirtschaftlichen Mobilisierung veranlaßte...

Wir sind in das Zeitalter des Atoms eingetreten, und die Kriegführung hat technologische Veränderungen über sich ergehen lassen müssen, die sie von Grund auf veränderten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt könnte ein Krieg zwischen dem sowjetischen Imperium und den freien Nationen nicht

nur unseren kommunistischen Gegnern, sondern auch unserer eigenen Gesellschaftsordnung das Grab schaufeln — unserer Welt ebenso wie der ihren...

Wir in der Regierung waren uns darüber klar, schon ehe die erste Explosion einer Atombombe erfolgte, daß diese neue Kraft eine entsetzliche Gefahr in sich barg, wenn sie nicht rechtzeitig unter internationale Kontrolle gebracht würde. Wir unterbreiteten den Vereinten Nationen sofort Vorschläge, damit diese neue Energiequelle nicht Gegenstand von nationalen Rivalitäten würde und um ihren Einsatz als Kriegswaffe unmöglich zu machen. Die Herrscher des Kremls wiesen diese Vorschläge, die nur Gutes für die Menschheit bedeutet haben würden, jedoch zurück...

Alle zivilisierten Nationen sind sich über die Dringlichkeit dieses Problems einig und haben ihre Bereitwilligkeit unter Beweis gestellt, in Fragen wirksamer Kontrollmethoden zur Übereinstimmung zu gelangen. Alle, bis auf die Sowjetunion und ihre Satelliten. Sie indes haben jeden vernünftigen Vorschlag zurückgewiesen.

Inzwischen haben die bei den wissenschaftlichen Experimenten erzielten Fortschritte unsere Erwartungen übertroffen. Die Atomwissenschaft steht inmitten einer großen Entwicklung: die Aufdeckung der tiefsten Geheimnisse der Materie geht ununterbrochen und unaufhaltsam weiter. Seit der ersten Atombombenexplosion in Alamogordo haben wir Atomwaffen entwickelt, die ein Vielfaches der Sprengkraft der ersten Exemplare besitzen, und wir haben diese Waffen in beachtlichen Mengen hergestellt, und mit den kürzlich auf dem Eniwetok-Atoll durchgeführten thermonuklearen Versuchen sind wir in ein neues Stadium der die Welt erschütternden Entwicklung der Atomenergie eingetreten. Nunmehr tritt der Mensch in eine neue Ära zerstörerischer Kräfte ein, die Explosionen einer neuen Größenordnung möglich machen, denen gegenüber die Rauchpilze von Hiroshima und Nagasaki winzig erscheinen müssen. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß heute in der Freisetzung der Atomkraft erreichte Stadium sei bereits das letztmögliche. Tatsächlich sind keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß das in den letzten sieben Jahren erlebte Tempo unseres wissenschaftlichen und technischen Fortschritts nachläßt. In der Entschleierung des Geheimnisses der Atomkraft werden wir von einer Entdeckung zur anderen zu bislang ungeahnten Gipfeln zerstörerischer Kräfte gejagt.

Solange wir zu keinem internationalen Abkommen gelangt sind, werden wir zwangsläufig diesen Weg gehen müssen. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß jeder Fortschritt, den wir machen, für andere nicht etwa unerreichbar ist, daß jeder Vorsprung in diesem Wettlauf nur von kurzer Dauer sein kann.

Der Krieg der Zukunft würde so aussehen, daß der Mensch mit einem Schlag das Leben von Millionen auslöschen, die größten Städte der Welt zerstören, die kulturellen Errungenschaften der Vergangenheit vernichten — ja, den ganzen Bau einer Kultur niederreißen kann, der langsam und mühselig von Hunderten von Generationen geschaffen worden ist.

Ein derartiger Krieg ist für vernünftige Menschen keine mögliche Politik. Wir wissen das, aber wir wagen nicht anzunehmen, daß andere nicht den Versuchungen der modernen Wissenschaft erliegen würden. Dessen eingedenk, würde ich zu Stalin sagen: Sie glauben fest an



Lenins Voraussage, daß ein Krieg zwischen Ihrer und unserer Welt ein Abschnitt auf dem Wege der kommunistischen Gesellschaft ist. Aber Lenin war ein Mensch, der vor dem Atomzeitalter lebte und Gesellschaft und Geschichte mit den Augen eines Mannes sah, der die Atombombe nicht kannte. Etwas Grundlegendes ist geschehen, seit er seine Werke schrieb. Der Krieg hat andere Formen und Dimensionen angenommen. Heute kann er nicht mehr ein „Abschnitt“ auf dem Wege zu irgend etwas sein, es sei denn auf dem Wege zum Untergang Ihres Regimes und Ihres Vaterlandes.

Ich weiß nicht, wie lange es dauern wird, bis die kommunistischen Machthaber sich zur Erkenntnis dieser Wahrheit durchgerungen haben. Sollte ihnen diese Erkenntnis aber kommen, dann werden sie uns zum Abschluß von Vereinbarungen bereitleben, die die Welt vor den sie heute umlauenden Gefahren schützen sollen.

Es ist kein Wunder, daß es Leute gibt, die wünschen, die Spaltung des Atoms wäre uns niemals gelungen. Aber wie jede andere Naturkraft ist die Atomenergie nicht böse an sich. Bei richtiger Anwendung ist sie ein Mittel zur Verbesserung der Lage der Menschheit. Als Energiequelle, als Werkzeug der wissenschaftlichen Forschung besitzt sie ungeahnte Möglichkeiten. Wir machen bereits gute Fortschritte in der Anwendung der Atomkraft für konstruktive Zwecke. Wir könnten noch viel mehr erreichen, wenn wir uns ausschließlich auf ihre friedliche Auswertung konzentrieren könnten.

Unser ganzes Dasein wird zukünftig im Zeichen der Atomenergie stehen. Wir können sie nicht durch Gesetze aus der Welt schaffen. Wir können weder die ihr innewohnenden Segnungen noch ihre Gefahren unbeachtet lassen.

Ich bin überzeugt, daß der Mensch die Kräfte des Atoms zu beherrschen vermag, so daß sie zur Verbesserung des Loses aller Menschen eingesetzt werden können. Dies ist unser Ziel. Wir müssen dieses Problem als Staat, als Volk verstehen; wir müssen von dieser neuen Energie einsichtsvoll und gemäß unseren demokratischen Gepflogenheiten Gebrauch machen. Vor allem aber müssen wir mit redlichstem und bestem Willen danach streben, sie unter wirksamer internationaler Kontrolle zu bringen. Um dies

zu erreichen, bedarf es großer Einsicht und Geduld und Festigkeit. Die ungeheure Verantwortung auf diesem Gebiet geht jetzt auf eine neue Regierung und einen neugewählten Kongreß über. Sie dürfen meiner und — dessen bin ich sicher — der Unterstützung aller Bürger gewiß sein bei allen konstruktiven Maßnahmen, die sie treffen werden, um diese jüngste menschliche Entdeckung zu einem Quell des Guten und nicht der allgemeinen Zerstörung werden zu lassen.

Wir vermögen nicht zu sagen, wann und ob sich die Haltung der sowjetischen Machthaber ändern wird. Wir wissen nicht, wie lange es dauern wird, bis sie sich zu Verhandlungen über wirksame Kontrolle der Atomenergie und zu einer ehrenvollen Lösung anderer Weltprobleme bereit erklären. Wir können nicht beurteilen, wie irrig die Vorstellungen sind, die sich der Kreml über uns macht. Wir können jedoch sicher sein, daß die Herren der kommunistischen Welt die grundlegenden Ziele ihrer Politik nicht leichter Hand oder in Kürze ändern werden.

Die kommunistischen Machthaber haben in diesen Dingen ein Zeitgefühl, das sich von dem unseren völlig unterscheidet. Wir sind geneigt, unsere Zukunft in kleine Zeitabschnitte einzuteilen, wie etwa die zweijährige Sitzungsperiode dieses Kongresses oder die vier Amtsjahre des zukünftigen Präsidenten. Sie dagegen scheinen in Generationenbegriffen zu denken und zu planen. Und daher gibt es keinen einfachen und kurzen Weg, sie zu der Einsicht zu bringen, daß ihren Plänen kein Erfolg beschieden sein kann.

Das bedeutet, daß wir uns auf eine lange und harte Kraftprobe zwischen der freien Welt und dem kommunistischen Machtgebiet vorbereiten müssen, daß wir Politik und Wirtschaft, unsere Wissenschaft und Technik gegen ihre Errungenschaften aufbieten, unsere Freiheit gegen ihre Sklaverei, unsere freiwillige Zusammenarbeit freier Nationen gegen ihre erzwungene Einheitsfront der „Volksrepubliken“, unsere Strategie gegen ihre Strategie, unsere Nerven gegen ihre Nerven. Aber vor allem ist dies eine Bewährungsprobe für den Willen und die Standhaftigkeit der Amerikaner.

Quelle: *Amerika-Dienst* vom 9. Januar 1953.

### Das außenpolitische Programm Präsident Eisenhowers in seiner Erklärung vor dem Kongreß vom 2. Februar 1953

Die Vereinigten Staaten haben seit dem Siege von 1945 eine schmerzliche Zeit der Prüfung und Ernüchterung durchschritten. Wir erwarteten eine Welt des Friedens und der Zusammenarbeit. Der wohlaukalkulierte Druck des aggressiven Kommunismus hat uns statt dessen gezwungen, in einer Welt der Unruhe zu leben.

Aus diesen kostspieligen Erfahrungen haben wir eine klare Lehre gezogen. Wir haben gelernt, daß die freie Welt nicht auf unbestimmte Zeit hinaus in einem Zustand lähmender Spannungen verharren kann, die dem Aggressor für immer die Wahl der Zeit, des Ortes und der Mittel überläßt, um uns größtmöglichen Schaden bei geringsten eigenen Verlusten zuzufügen.

Diese Regierung hat daher mit der Definierung einer neuen, positiven Außenpolitik begonnen. Diese Politik wird von bestimmten grundlegenden Gedanken geleitet sein. Es sind dies:

1. Unsere Außenpolitik muß klar und konsequent sein und Vertrauen erwecken. Das heißt, sie muß das Produkt einer echten und ständigen Zusammenarbeit zwischen den exekutiven und den legislativen Teilen dieser Regierung sein. Sie muß im Geiste einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien entwickelt und durchgeführt werden.

2. Die Politik, der wir uns verschreiben, muß eine wohl- ausgewogene, weltweite Politik sein. Die Freiheit, die wir in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent hegen und verteidigen, unterscheidet sich in nichts von der Freiheit, die in Asien in Gefahr ist.

3. Unsere Politik, deren Ziel die Sicherheit der freien Welt ist, wird alle friedlichen Methoden und Mittel in Betracht ziehen, doch niemals den Vertrauensbruch gegenüber unseren Freunden. Wir werden niemals der Versklavung irgendeines Volkes um irgendwelcher vermeintlicher



eigener Vorteile willen zustimmen. Ich werde den Kongreß zu einem späteren Zeitpunkte ersuchen, sich zu einer entsprechenden Resolution zu vereinen und eindeutig klarzulegen, daß diese Regierung keinerlei Verpflichtungen anerkennt, die in der Vergangenheit in geheimen Abmachungen mit ausländischen Regierungen eingegangen worden sind und die diese Art von Versklavung billigen.

4. Die von uns zu befolgende Politik wird der Wahrheit Rechnung tragen, daß kein einzelnes Land, selbst wenn es so mächtig ist wie die Vereinigten Staaten, allein die durch kommunistische Aggression von außen oder durch Unruhen im Innern bedrohte Freiheit aller Völker verteidigen kann. Gemeinsame Sicherheit heißt wirkungsvolle Zusammenarbeit. Für die Vereinigten Staaten bedeutet dies, daß wir — sowohl aus Gründen der Vernunft als auch des nationalen Interesses — allen anderen Völkern in dem Maße unsere Hilfe gewähren, wie diese sich ernsthaft darum bemühen, ihren vollen Beitrag zu der gemeinsamen Sache zu leisten. Kein Uebermaß an Hilfe könnte jemals Mangel an Gesinnung ausgleichen. Jede der freien Nationen muß wirklich mit dem Herzen dabei sein und sich ehrlich um die Erhaltung ihrer Selbständigkeit und Sicherheit bemühen.

5. Es wird das Ziel unserer Politik sein, das Zustandekommen einer wirklichen Einheit in Westeuropa zu fördern. Die Völker dieses Gebietes haben einen beachtlichen Beitrag zu den Bemühungen geleistet, die Sicherheit der freien Welt zu erhalten. Von den Dschungeln Indochinas und Malayas bis zur Nordküste Europas haben sie ihr Verteidigungssystem ganz erheblich ausgebaut. Ueberall, wo sie hierzu aufgefordert wurden, haben sie große und schwere Opfer für die Verteidigung der Freiheit auf sich genommen. Aber das Problem der Sicherheit erfordert eine engere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern als bisher. Nur ein stärker integriertes wirtschaftliches und politisches System kann die weit größere wirtschaftliche Stärke geben, die für die Aufrechterhaltung der notwendigen Verteidigungsbereitschaft wie auch eines angemessenen Lebensstandards erforderlich ist.

Die weitblickenden Staatsmänner Europas sind sich seit langem dieser Tatsachen bewußt gewesen. Die ganze aufopfernde Arbeit für den Schuman-Plan, die Europa-Armee und auf der Straßburger Konferenz hat ihren Weitblick und ihre Entschlossenheit eindeutig bewiesen. Diese Fortschritte sind um so beachtenswerter, wenn wir bedenken, daß jeder von ihnen — sowohl für Frankreich wie auch für Deutschland — einen Sieg über Trennungslinien bedeutet, die in der Vergangenheit so viel Unglück über diese beiden großen Völker und die gesamte Welt gebracht haben.

Die notwendige Einheit Westeuropas kann ganz offensichtlich nicht von außen herbeigeführt werden, sie kann nur von innen heraus entstehen. Aber es ist sowohl richtig wie auch notwendig, daß wir die europäischen Staatsmänner in ihrer Arbeit ermutigen, indem wir ihnen sagen, welch großen Wert wir der Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen zur Verwirklichung dieses Zieles beimessen. Ein echter Fortschritt auf diesem Wege wird für das amerikanische Volk ein überzeugender Beweis dafür sein, daß unseren materiellen Opfern für die Sache der kollektiven Sicherheit bedeutsame politische, wirtschaftliche und militärische Erfolge in Westeuropa gegenüberstehen.

6. Unsere Außenpolitik wird der großen Bedeutung eines gewinnbringenden und gerechten Welthandels Rechnung tragen. Ein wesentlicher erster Anfang hierzu kann

und sollte von unseren Freunden selbst gemacht werden. Die Karte Europas zum Beispiel zeigt gegenwärtig ein buntgewürfeltes Muster mit Gebieten, die einen Ueberfluß an Arbeitskräften haben, solchen, in denen Mangel an Arbeitskräften besteht, mit landwirtschaftlichen Bezirken, in denen Maschinen, und mit Industriegebieten, in denen Lebensmittel benötigt werden. Wir können hoffen, daß unsere Freunde in Europa und in anderen Teilen der Welt die Initiative ergreifen und größere Absatzmärkte sowie stabilere Währungen schaffen werden, die einen stärkeren Austausch von Waren und Dienstleistungen unter ihnen selbst ermöglichen.

Maßnahmen in dieser Richtung können ein wirtschaftliches Klima schaffen, das einen Anreiz für die lebenswichtige Hilfe von unserer Seite bieten wird. Diese Hilfe umfaßt:

1. Die Revision unserer Zollbestimmungen mit dem Ziele, Verfahren zu beseitigen, die einen gewinnbringenden Handel behindern. Ich empfehle ferner, daß der Kongreß das Gesetz über gegenseitige Handelsabkommen einer sofortigen Prüfung unterzieht und es durch geeignete Bestimmungen erweitert. Bei diesem Ziel dürfen die rechtlichen Sicherheitsbestimmungen zum Schutz der einheimischen Industrie und Landwirtschaft sowie des Lebensstandards der Arbeiter nicht außer acht gelassen werden. Bei allen Untersuchungen werden die Gewerkschaften und die Unternehmer sowie die Farmer in gleicher Weise eingehend gehört werden;

2. jede mögliche Unterstützung, die seitens der Regierung in geeigneter Form gewährt werden kann, um den Fluß privaten amerikanischen Investitionskapitals ins Ausland zu fördern. Hierzu gehört als ein ernsthaftes und ausdrückliches Ziel unserer Außenpolitik die Förderung eines günstigen Klimas für derartige Investitionen in den anderen Ländern;

3. die Bereitstellung von Produktionseinrichtungen unsererseits im Ausland zur wirtschaftlichen Herstellung von Fertigerzeugnissen, die für die gemeinsame Verteidigung benötigt werden und die keine ernsthafte Konkurrenz für unsere normale Friedensproduktion bedeuten;

4. die Einfuhr großer Mengen wichtiger Rohstoffe, die wir nicht selbst in ausreichenden Mengen besitzen, aus den übrigen Ländern als gerechtes Entgelt für die von uns gewährte Hilfe.

Im Rahmen dieser allgemeinen Diskussion unserer Außenpolitik muß ich den Krieg in Korea besonders erwähnen. Dieser Krieg ist für uns Amerikaner die schmerzlichste Phase der kommunistischen Aggression in allen Teilen der Welt. Er ist eindeutig ein Teil des gleichen wohlauskalkulierten Ansturms, den der Aggressor gleichzeitig in Indochina und Malaya vorträgt, und muß im Zusammenhang mit der strategischen Lage gesehen werden, in der sich gegenwärtig die Insel Formosa und die dortigen nationalchinesischen Truppen befinden. Jede militärische Lösung, die für den Krieg in Korea ausgearbeitet wird, muß sich zwangsläufig auf alle diese Gebiete auswirken.

Die amerikanische Regierung wendet gegenwärtig der Aufstellung weiterer Truppeneinheiten der Republik Korea unmittelbare und erhöhte Aufmerksamkeit zu. Die Bürger dieses Landes haben gezeigt, daß sie kämpfen können, und sie haben ihre Bereitschaft bewiesen, einen größeren Beitrag zur Verteidigung ihres Heimatlandes zu leisten. Durch entsprechende Organisation, Ausrüstung



und Ausbildung wird ihnen dies ermöglicht werden. Eine verstärkte Hilfe für Korea zu diesem Zweck stimmt voll und ganz mit unserer weltweiten Politik überein.

Im Juni 1950 wurde die amerikanische siebte Flotte nach dem aggressiven Angriff auf die Republik Korea beauftragt, Formosa sowohl vor einem Angriff zu schützen als auch zu gewährleisten, daß Formosa nicht als Basis für Operationen gegen das rotchinesische Festland benutzt würde. Dies bedeutete in der Praxis, daß die amerikanische Flotte die Aufgabe hatte, als Verteidigungsschild für das kommunistische China zu dienen. Ohne Rücksicht auf die Lage im Jahre 1950, als dieser Befehl erlassen wurde, sind die chinesischen Kommunisten in Korea eingedrungen und haben die Streitkräfte der Vereinten Nationen dort angegriffen. Sie haben ständig die Vorschläge des UN-Oberkommandos für einen Waffenstillstand abgelehnt. Sie haben kürzlich gemeinsam mit der Sowjetunion den von der indischen Regierung in den Vereinten Nationen eingebrachten Vorschlag für einen Waffenstillstand zurückgewiesen. Dieser Vorschlag war von den Vereinigten Staaten und 53 weiteren Ländern angenommen worden.

Es ist daher weder logisch noch sinnvoll, einen Zustand länger aufrechtzuerhalten, der von der amerikanischen Flotte die Uebernahme defensiver Verantwortungen zugunsten der chinesischen Kommunisten erfordert, die auf diese Weise in die Lage versetzt werden, unsere Soldaten und die unserer Verbündeten in Korea noch ungestrafter zu töten.

Ich werde daher Anweisungen geben, daß die siebte Flotte nicht mehr länger als Schild für das kommunistische China dient. Diesem Befehl liegen keinerlei aggressive Absichten von unserer Seite zugrunde. Aber wir haben sicherlich nicht die Pflicht, ein Land zu schützen, das uns in Korea bekämpft.

Unsere Arbeit für den Frieden in Korea und in der Welt erfordert von den Vereinigten Staaten unbedingt die Unterhaltung starker Streitkräfte, die für jeden Eventualfall gerüstet sind. Unser Problem liegt darin, eine ausreichende militärische Stärke innerhalb der Grenzen einer tragbaren Belastung für unsere Wirtschaft zu schaffen. Militärische Stärke ohne Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Kapazität anzusammeln, würde bedeuten, daß wir uns gegen ein Unheil verteidigen, indem wir gleichzeitig ein anderes heraufbeschwören.

Sowohl die militärischen als auch die wirtschaftlichen Ziele erfordern eine einheitliche nationale Verteidigungspolitik, eine gründliche Koordinierung unserer Streitkräfte und eine wirkungsvolle Zusammenfassung bestimmter Teile des Nachschubwesens. Wir müssen jeden Leerlauf und jegliche Ueberschneidung innerhalb der amerikanischen Streitkräfte beseitigen. Wir müssen klar erkennen, daß zahlenmäßige Stärke allein nicht ausschlaggebend ist. Die größte Streitmacht ist nicht unbedingt immer die beste, und wir wollen die beste haben. Wir dürfen es nicht zulassen, daß Traditionen oder Gewohnheiten aus der Vergangenheit dem Aufbau einer schlagkräftigen Streitmacht im Wege stehen.

Alle Angehörigen unserer Streitkräfte müssen sich immer vor Augen halten, daß sie unter einer Fahne und für eine Sache dienen. Wir müssen unsere Verteidigungsprogramme wirksam zusammenfassen und sie so sorgfältig im Hinblick auf unsere industriellen Einrichtungen planen, daß wir damit die bestmögliche Verwendung unserer Arbeitskräfte und unserer Rohstoffe gewährleisten.

Auf Grund der komplizierten technischen Struktur unseres militärischen Organismus sowie aus Sicherheitsgründen muß der Verteidigungsminister die Initiative ergreifen und die Verantwortung für die Durchführung der Planungen übernehmen, um dem amerikanischen Volk ein Höchstmaß an Sicherheit bei geringstmöglichen Kosten zu geben. Der neue Verteidigungsminister und seine zivilen und militärischen Mitarbeiter werden daher in Zukunft solche Abänderungen der gegenwärtigen, unsere Verteidigungseinrichtungen betreffenden Gesetzgebung empfehlen, die sich zur Klärung der Verantwortungsbereiche sowie zur Verbesserung der Wirksamkeit unserer gesamten Verteidigungsanstrengungen erforderlich erweisen sollten. Diese Anstrengungen müssen immer mit der im nationalen Sicherheitsrat der USA festgelegten Politik konform gehen.

Die gesetzlichen Aufgaben des nationalen Sicherheitsrates der USA bestehen darin, den Präsidenten bei der Formulierung und Koordinierung der für die Sicherheit der USA wichtigen innen- und außenpolitischen sowie der militärischen Maßnahmen zu unterstützen. In dieser Zeit der Spannungen ist es notwendig, daß diese zentrale Körperschaft die Lebenskraft hat, um ihren gesetzlichen Aufgaben wirkungsvoll nachzukommen. Ich trete dafür ein, daß dies auch geschieht.

Diese sorgfältig formulierten politischen Richtlinien müssen dann von allen anderen Völkern klar verstanden werden. In diesem Zusammenhang muß daher die Tätigkeit der Regierung auf dem Gebiet der internationalen Informationsprogramme wirkungsvoller gestaltet werden.

Ich habe vor kurzem einen repräsentativen Ausschuß von kompetenten Amerikanern ernannt, der dieses Gebiet untersuchen und in naher Zukunft Empfehlungen für gesetzgeberische, verwaltungstechnische oder sonstige Maßnahmen unterbreiten soll.

Für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der anderen Völker in der Gemeinschaft der freien Nationen ist eine gemeinsame und dynamische Anstrengung auf diesem gesamten Gebiet lebenswichtig. Es gibt nur einen sicheren Weg zur Vermeidung eines totalen Krieges — und das ist der Sieg im Kalten Krieg.

Die Möglichkeit, Vergeltung zu üben, ist ein wirksames Abschreckungsmittel für einen eventuellen Aggressor — ein anderes wirksames Mittel aber ist die Verteidigungsstärke. Kein Feind dürfte den Versuch zu einem Angriff unternehmen, der schon von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Da ein völlig undurchdringlicher Verteidigungswall gegen einen Angriff noch nicht aufgebaut werden kann, muß die totale Verteidigungsstärke die zivile Verteidigungsbereitschaft einschließen. Da wir unwiderlegbare Beweise dafür haben, daß Sowjetrußland Atomwaffen besitzt, wird diese Art des Schutzes zwangsläufig zu einer Notwendigkeit.

Die Verantwortung für die zivile Verteidigung — Einberufung, Ausbildung und Organisation von Freiwilligen für den Einsatz im Notfall — obliegt in erster Linie dem einzelnen Bundesstaat und den kommunalen Verwaltungen. Die unmittelbare Aufgabe der Bundesregierung ist es, Anweisungen und technische Anleitung zu geben und die für die zivile Verteidigung bestimmten Reserven an medizinischen, technischen und anderen einschlägigen Gegenständen und Ausrüstungen weiterhin zu erhöhen. Daran muß ohne Verzögerung gearbeitet werden.

Quelle: *Amerika-Dienst* vom 4. Februar 1953.



## Die Entschlüsse des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung vom 20. Dezember 1952

### ENTSCHLIESSUNG I

#### Die Integration der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in die Gemeinschaft

##### Uebertragung der Zuständigkeiten der Montanunion und der EVG

1. Die Gemeinschaft besitzt die Zuständigkeiten, die der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit den Verträgen zu ihrer Gründung übertragen sind.

##### Einzelheiten der Verschmelzung der Montanunion und der EVG in der Gemeinschaft

2. Die Gemeinschaft bildet zusammen mit der Montanunion und der EVG eine Rechtseinheit. Innerhalb dieser Einheit werden die Montanunion und die EVG gemäß den für jede dieser Gemeinschaften geltenden Bestimmungen getrennt verwaltet.

##### a) Parlamentarische Institutionen

3. Das Parlament der Gemeinschaft tritt unverzüglich an die Stelle und übernimmt die Zuständigkeiten der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion und der EVG.

##### b) Rat der nationalen Minister

4. Der Rat der nationalen Minister der Gemeinschaft tritt unverzüglich an die Stelle und übernimmt die Zuständigkeiten der Ministerräte der Montanunion und der EVG.

##### c) Organe der streitigen Gerichtsbarkeit

5. Die Gerichtsbarkeit der Gemeinschaft wird dem für die Montanunion und die EVG vorgesehenen Gerichtshof übertragen.

##### d) Exekutivorgane — Uebergangsregelung

6. Bis zum Ablauf einer Anpassungszeit (von zu bestimmender Dauer):

a) bleiben die Hohe Behörde der Montanunion und das Kommissariat der EVG im Amt, üben jedoch die ihnen mit den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG übertragenen Befugnisse unter der Leitung und Kontrolle des Europäischen Exekutivrates aus;

b) gehören der Präsident der Hohen Behörde der Montanunion und der Präsident des Kommissariats der EVG von Amts wegen dem Europäischen Exekutivrat mit beschließender Stimme an, behalten jedoch ihren persönlichen Status, wie er sich aus den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG und insbesondere aus den Artikeln 24 Montanunion-Vertrag und 36 EVG-Vertrag ergibt.

c) Im Laufe der Anpassungszeit bereitet die Gemeinschaft zusammen mit dem Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion und dem Präsidenten des Kommissariats der EVG die Protokolle vor, mit denen die vollständige Integration der Montanunion und der EVG in die Gemeinschaft schrittweise verwirklicht werden soll<sup>1</sup>.

##### Endgültige Regelung

7. Nach Ablauf der Anpassungszeit übernimmt der Europäische Exekutivrat die Aufgaben der Hohen Behörde der Montanunion und des Kommissariats der EVG gemäß den in den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG enthaltenen Regeln, solange diese Verträge nicht von der Gemeinschaft nach dem in Ziff. 8 der Entschlüsselung über die Zuständigkeitsgebiete der Gemeinschaft geregelten Verfahren abgeändert worden sind.

### ENTSCHLIESSUNG II

#### Die Zuständigkeitsgebiete der Gemeinschaft

##### A. Allgemeine Grundsätze

1. Mit dieser Satzung wird eine auf dem Zusammenschluß der Völker beruhende, unauflösliche, supranationale Gemeinschaft gegründet.

2. Die Gemeinschaft sieht ihre Aufgaben und allgemeinen Ziele darin:

— zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in den Mitgliedstaaten beizutragen;

— zum Schutze der Mitgliedstaaten gegen jede Aggression in Zusammenarbeit mit den anderen freien Nationen beizutragen;

— die Außenpolitik der Mitgliedstaaten in diesem Sinne zu koordinieren;

— im Einklang mit den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen in den Mitgliedstaaten zur wirtschaftlichen Ausweitung, zur Aufwärtsentwicklung des Beschäftigungsstandes und zur Hebung des Standes der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen, insbesondere durch fortschreitende Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes;

— zur Erreichung der im Abkommen über die Menschenrechte, in der Satzung des Europarates, im Abkommen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit



und im Nordatlantikpakt aufgestellten allgemeinen Ziele in den Mitgliedstaaten und in Verbindung mit den an diesen Verträgen beteiligten anderen Staaten beizutragen.

3. Die Gemeinschaft erfüllt ihre Aufgabe nur in den Grenzen der Zuständigkeiten und Befugnisse, die ihr durch ihre Satzung und unter den darin festgelegten Bedingungen ausdrücklich übertragen sind.

Die der Gemeinschaft durch ihre Satzung übertragenen Zuständigkeiten sind einschränkend auszulegen.

4. Die Gemeinschaft besitzt Rechtspersönlichkeit.

In den internationalen Beziehungen hat die Gemeinschaft die zur Ausübung ihrer Funktionen und zur Erreichung ihrer Ziele erforderliche Rechtspersönlichkeit.

In jedem Mitgliedstaat hat die Gemeinschaft die weitestgehende Rechtsfähigkeit, die den inländischen juristischen Personen zuerkannt wird; sie kann insbesondere unbewegliches und bewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie klagen und verklagt werden.

5. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, alle allgemeinen oder besonderen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Einhaltung der Verpflichtungen zu gewährleisten, die sich aus den Beschlüssen oder Empfehlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben, und dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erleichtern.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen, die mit den Bestimmungen dieser Satzung unvereinbar sind.

#### **B. Zuständigkeiten im Rahmen der Verträge über die Gründung der Montanunion und der EVG und bezüglich der Revision dieser Verträge**

6. Die Gemeinschaft besitzt die Zuständigkeiten, die der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit den Verträgen zu ihrer Gründung übertragen sind, ferner alle sonstigen Zuständigkeiten, die ihr mit dieser Satzung und mit zukünftigen Änderungen dieser Satzung übertragen werden.

Die Gemeinschaft übt ihre Zuständigkeiten unter den in der Entscheidung I über die Integration der Montanunion und der EVG in die Gemeinschaft vorgesehenen Bedingungen aus.

7. Die von den Exekutivorganen der Gemeinschaften gemäß Art. 95 Abs. 1 Montanunion-Vertrag und 24 EVG-Vertrag zu treffenden Normativbestimmungen für die Fälle, die in den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG im einzelnen nicht vorgesehen sind, müssen, soweit keine Dringlichkeit vorliegt, dem Parlament der Gemeinschaft zur vorherigen Zustimmung unterbreitet werden. Im Falle der Dringlichkeit sind die getroffenen Bestimmungen nachträglich dem Parlament der Gemeinschaft zur Billigung vorzulegen.

8. (1) Die auf die Zuständigkeit, die Befugnisse und die Organe der Montanunion und der EVG bezüglichen Bestimmungen der Verträge zur Gründung dieser Gemeinschaften können nur nach Maßgabe des in Teil F vorgesehenen verfassungsmäßigen Revisionsverfahrens abgeändert werden.

(2) Nach Ablauf einer Uebergangszeit kann die Gemeinschaft diejenigen Bestimmungen der Verträge über die Gründung der Montanunion und der EVG, die nicht unter den vorstehenden Unterabsatz (1) fallen, unter folgenden Bedingungen abändern:

a) Die Bestimmungen, die das Verhältnis der den einzelnen Organen der Gemeinschaften erteilten Befugnisse zueinander, die Verteilung der Befugnisse unter den Organen sowie die Vorrechte der Regierungen innerhalb dieser Gemeinschaften und besonders die Zuständigkeiten der Ministerräte der Montanunion und der EVG betreffen, können von den Gesetzgebungsorganen der Gemeinschaft nur nach einstimmiger Billigung des Rates der nationalen Minister abgeändert werden.

b) Die übrigen Bestimmungen der Verträge über die Gründung der Montanunion und der EVG, die nicht durch die Unterabsätze (1) und (2) a) dieser Ziffer gedeckt sind, gelten als Gesetze der Gemeinschaft und können unter den in der Satzung bestimmten Voraussetzungen von den Gesetzgebungsorganen der Gemeinschaft abgeändert werden.

c) Ist ein Staat der Auffassung, daß eine in Anwendung des unter b) vorgesehenen Verfahrens angenommene Abänderung geeignet ist, in seiner Wirtschaft tiefgehende und andauernde Störungen hervorzurufen, so kann er den Gerichtshof anrufen, der über die Schlüssigkeit des Rechtsmittels befinden und auf Unwirksamkeit der Abänderung erkennen kann.

(3) Bei Streitigkeiten über das auf einen Abänderungsvorschlag anzuwendende Verfahren (oder über die Vereinbarkeit dieses Vorschlages mit der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder mit gewissen anderen, gegebenenfalls in der Folge näher zu bestimmenden Grundsätzen der Satzung) kann der Gerichtshof durch ein Organ der Gemeinschaft oder durch einen Mitgliedstaat angerufen werden. Die Prüfung des Vorschlages durch die Organe der Gemeinschaft wird bis zur Entscheidung des Gerichtshofes ausgesetzt.

(4) Bezüglich der EVG ist gegebenenfalls ein Einvernehmen mit den beteiligten Nichtmitgliedstaaten herzustellen hinsichtlich der Frage, ob die Abänderungen des Vertrages mit den gegenseitigen Beistandsverpflichtungen einerseits zwischen der EVG und dem Vereinigten Königreich und andererseits zwischen der EVG und den am Nordatlantikpakt beteiligten Staaten, solange dieser in Kraft ist, vereinbar sind.

#### **C. Zuständigkeiten im allgemeinen Rahmen der durch die Verträge über die Gründung der Montanunion und der EVG errichteten Ordnung**

##### *Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Außenpolitik*

9. Die Gemeinschaft ist beauftragt, gemäß den in den Ziffern 13 und 14 festgelegten Einzelheiten die gemeinsamen außenpolitischen Ziele der Mitgliedstaaten auf den Zuständigkeitsgebieten der Montanunion und der EVG zu bestimmen.

Die Verwirklichung der in dieser Weise abgegrenzten Ziele obliegt sowohl der Gemeinschaft als auch den Mitgliedstaaten.

10. Auf ihren Zuständigkeitsgebieten besitzt die Gemeinschaft das aktive und passive Vertretungsrecht.

11. Die Gemeinschaft kann internationale Abkommen auf den in Ziff. 6 vorgesehenen Gebieten abschließen. Sie kann mit dritten Staaten Assoziationsabkommen abschließen.

Diese Abkommen sind für die Gemeinschaft und jeden einzelnen Mitgliedstaat verbindlich. Die Mitgliedstaaten



können keine internationalen Abkommen abschließen, die zu vorher eingegangenen Verpflichtungen der Gemeinschaft in Widerspruch stehen.

12. (1) Die von den Mitgliedstaaten auf Gebieten im Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft früher abgeschlossenen Abkommen, die zur Satzung oder zu später von der Gemeinschaft abgeschlossenen internationalen Abkommen in Widerspruch stehen, sind zu kündigen oder abzuändern, sobald es völkerrechtlich zulässig ist.

(2) Die Entwürfe von Abkommen, die von den Mitgliedstaaten mit dritten Staaten auf Gebieten, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft fallen, gesondert unterzeichnet werden, sind vor ihrer Ratifizierung dem Europäischen Exekutivrat zur Stellungnahme zu übermitteln. Dieser kann den Gerichtshof in der Frage der Vereinbarkeit des Abkommensentwurfs mit den früheren Verpflichtungen der Gemeinschaft anrufen. Die Ratifizierung ist in diesem Falle bis zur Entscheidung des Gerichtshofes aufzuschieben.

Im Falle der Unvereinbarkeit des Abkommens oder eines Teiles des Abkommens kann der Gerichtshof seine Ratifizierung untersagen<sup>2</sup>.

13. Bis zum Ablauf einer Uebergangszeit (von noch zu bestimmender Dauer):

— werden die gemeinsamen außenpolitischen Ziele der Gemeinschaft vom Europäischen Exekutivrat mit einstimmiger Billigung des Rates der nationalen Minister und unter der Kontrolle des Parlaments der Gemeinschaft bestimmt;

— kann der Europäische Exekutivrat im Rahmen der auf diese Weise bestimmten allgemeinen Politik im Namen der Gemeinschaft Verhandlungen über zwischenstaatliche Abkommen führen. Diese werden nach einstimmiger Ermächtigung seitens des Rates der nationalen Minister von ihm unterzeichnet und erforderlichenfalls dem Parlament der Gemeinschaft zwecks Ermächtigung zur Ratifizierung vorgelegt.

Die Bestimmungen unter Ziff. 12 und 13 lassen die Befugnisse unberührt, die den Exekutivorganen der Montanunion und der EVG auf dem Gebiete des Abschlusses internationaler Abkommen bereits übertragen sind.

14. Die endgültige Regelung wird vor Ablauf der Uebergangszeit von den Gesetzgebungsorganen der Gemeinschaft nach einstimmiger Billigung seitens des Rates der nationalen Minister getroffen<sup>3</sup>.

#### *Zuständigkeiten im Rahmen der Politik der Fachbehörden*

##### *14. a) Anmerkung des Berichterstatters:*

Diese Frage ist nach der Tagung der Sonderversammlung einer eingehenden Prüfung im Ausschuß zu unterziehen.

#### *Befugnisse auf finanziellem Gebiet*

15. (1) Die Gemeinschaft hat einen einheitlichen und allumfassenden Haushaltsplan.

(2) Der Haushalt wird vom Exekutivorgan der Gemeinschaft nach seinen Verfahrensbestimmungen ausgearbeitet. Er bedarf der Annahme durch das Parlament der Gemeinschaft.

(3) Dem Europäischen Exekutivrat steht die Initiative auf dem Gebiet der Ausgaben zu. Das Parlament kann sein Abänderungsrecht im Rahmen des Gesamtumfangs der Ausgaben ausüben.

(4) Ist vor Beginn des Haushaltsjahres der Jahreshaushaltsplan vom Parlament noch nicht angenommen, so wird für jeweils ein weiteres Vierteljahr nach dem Haushaltsplan des Vorjahres verfahren, bis der Plan angenommen ist.

16. Die Einnahmen der Gemeinschaft umfassen:

— die eigenen Einnahmen der Gemeinschaft;

— die von den Mitgliedstaaten entrichteten Beiträge.

Die Beiträge der Mitgliedstaaten werden im Einvernehmen zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten festgesetzt.

Ein vom Parlament der Gemeinschaft mit einstimmiger Billigung des Rates der nationalen Minister angenommenes Organisationsgesetz bestimmt die Einzelheiten der Steuerveranlagung, des Steuersatzes und der Bedingungen für die Erhebung der Steuern der Gemeinschaft.

Die Steuern werden alljährlich von den zuständigen Organen der Gemeinschaft unter den durch das Organisationsgesetz bestimmten Voraussetzungen beschlossen.

Es gibt keine Steuervorrechte.

17. Die Gemeinschaft ist befugt, Anleihen aufzulegen.

Ohne Genehmigung des Parlaments darf keine Anleihe aufgelegt werden, es sei denn, daß sie zur Herstellung des Jahresausgleichs der Kasse erforderlich ist.

18. Die Haushaltsgebarung wird von den zuständigen Organen der Gemeinschaft beaufsichtigt, um den Bedürfnissen der Wirtschaft der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen und zu vermeiden, daß ihre wirtschaftliche und finanzielle Stabilität Schaden erleidet.

19. Während der Uebergangszeit wird eine vorläufige Regelung auf folgender Grundlage getroffen:

(1) Die Haushaltsordnung und die Einnahmen- und Ausgabengestaltung haben in der durch die Verträge über die Gründung der Montanunion und der EVG festgelegten Form weiterhin Geltung.

Der gemeinsame, einheitliche Haushaltsplan gliedert sich in drei verschiedene Kapitel, die verschiedenen Rechtssystemen unterstehen.

Beginn und Ende der Haushaltsjahre für die drei Kapitel sind aufeinander abzustimmen.

Die drei Kapitel sind dem Parlament vorzulegen; das Parlament übt jedoch hinsichtlich der Ausgaben, die die Montanunion und die EVG betreffen, nur die in den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der Verteidigungsgemeinschaft vorgesehenen Funktionen aus.

(2) Soweit die Ausgaben nicht in den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG vorgesehen sind, werden sie durch Beiträge der Regierungen gedeckt.

Höhe und Art der Festsetzung dieser Beiträge werden im Einvernehmen zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten festgesetzt. Bis zur Erzielung dieses Einvernehmens werden diese Aufwendungen nach dem im Vertrag über die Gründung der EVG vorgesehenen Verhältnis anteilmäßig umgelegt.

20. Während der Uebergangszeit treffen die Organe der Gemeinschaft die Vorbereitungen für die endgültige Regelung, wobei sie sich auf die vorstehend in den Ziffern 15 bis 18 niedergelegten Grundsätze stützen.

#### **D. Wirtschaftliche Zuständigkeiten**

21. Zur Erfüllung der in Ziff. 2 angeführten allgemeinen Aufgaben, insbesondere in den mit der fortschreiten-



den Errichtung eines gemeinsamen Marktes im Sinne der Verträge über die Gründung der Montanunion und der EVG zusammenhängenden Fragen, kann die Gemeinschaft Gutachten sowohl für die Regierungen als auch für die Parlamente der Mitgliedstaaten unter den in der Satzung festgelegten Bedingungen erstatten.

22. Bevor die Mitgliedstaaten:

— Maßnahmen, die den freien Warenverkehr beeinträchtigen, insbesondere Währungsmaßnahmen;

— Maßnahmen, die den Austausch von Arbeitskräften berühren, treffen, ist die Gemeinschaft darüber zu konsultieren, ob diese Maßnahmen mit den in den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG aufgestellten Grundsätzen übereinstimmen.

In dringenden Fällen ist die Gemeinschaft unverzüglich zwecks späterer Stellungnahme zu unterrichten.

23. Die Mitgliedstaaten haben zu jedem neuen Vertrag, den sie auf den in Ziff. 22 bezeichneten Gebieten abschließen, die Stellungnahme der Gemeinschaft einzuholen, bevor sie ihn ihren Parlamenten zwecks Ermächtigung zur Ratifizierung vorlegen.

24. Die nachstehend in Ziff. 25 angeführten Bestimmungen über die Entscheidungsbefugnisse der Gemeinschaft im Hinblick auf die Errichtung des gemeinsamen Marktes sollen den Gegenstand eines besonderen Protokolls bilden, das den Staaten gleichzeitig mit der Satzung zur Ratifizierung übermittelt wird aber keinen Bestandteil der Satzung bildet.

25. Dieses Protokoll ist gemäß den nachstehenden Grundsätzen abzufassen:

I. — Die Gemeinschaft ist nach dem unter II festgelegten Verfahren befugt:

#### *1) Auf dem Gebiete der Liberalisierung des Handels*

a) jede Maßnahme der Mitgliedstaaten zu untersagen, die dem freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten neue mengenmäßige Beschränkungen auferlegt;

b) die allmähliche Herabsetzung und schließlich die Aufhebung der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten zu beschließen;

#### *2) Auf dem Gebiete der Zölle*

a) die zur fortschreitenden Errichtung eines gemeinsamen Zollsystems gegenüber dritten Staaten erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Entwicklung des zwischenstaatlichen Handels zu fördern;

b) die allmähliche Herabsetzung und schließlich die Aufhebung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten zu beschließen;

#### *3) Auf dem Gebiete der Währung*

Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Stabilität der Währungen und die fortschreitende Vereinheitlichung des Währungssystems in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

II. — Die vorstehend unter I vorgesehenen Entscheidungen werden auf Vorschlag des Europäischen Exekutivrates vom Parlament getroffen, wobei die Völkerkammer mit einfacher, der Senat mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Sie können Maßnahmen, die das gute Funktionieren des gemeinsamen Marktes gewährleisten, sowie Uebergangsbestimmungen, einschließlich der Möglichkeit

der Gewährung von Entschädigungen an bestimmte Unternehmen oder Arbeitnehmergruppen im Sinne des Artikels 56 des Vertrages über die Gründung der Montanunion, zum Inhalt haben.

### **E. Zuständigkeiten für die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

26. Die Gemeinschaft und jeder einzelne Mitgliedstaat erkennen jeder ihrer Gerichtsbarkeit unterstehenden Person die Rechte und Freiheiten zu, die in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Konvention über die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und in dem am 20. März 1952 in Paris unterzeichneten Zusatzprotokoll aufgeführt sind.

Die Gemeinschaft ist zuständig, um die Wahrung dieser Rechte und Freiheiten in den Mitgliedstaaten unter den in der Satzung bestimmten Bedingungen zu sichern.

### **F. Verfahren für die Abänderung der Satzung**

27. Die Initiative zu einer Revision der Satzung der Gemeinschaft kann vom Parlament, vom Europäischen Exekutivrat sowie von jedem Mitgliedstaat ergriffen werden.

Die Abänderungsvorschläge sind dem Parlament der Gemeinschaft, dem Europäischen Exekutivrat und dem Rat der nationalen Minister vorzulegen.

28. Die Abänderungen der Bestimmungen der Verträge über die Gründung der Montanunion und der EVG, auf die sich die obige Ziff. 8 (1) bezieht, ferner die Abänderungen bezüglich:

— der in Teil A dieser Entschöpfung in Betracht gezogenen Bestimmungen der Satzung;

— der Zuständigkeiten und Befugnisse der Gemeinschaft oder des Aufbaus ihrer Organe

werden von der Gemeinschaft mit Zustimmung des Parlamentes (mit qualifizierter Mehrheit in beiden Kammern), des Europäischen Exekutivrates und des einstimmig beschließenden Rates der nationalen Minister angenommen. Sie werden den Mitgliedstaaten zwecks Vorlage in den Parlamenten zugeleitet und treten erst nach erfolgter Zustimmung der Parlamente aller Mitgliedstaaten in Kraft<sup>4</sup>.

29. Die Abänderungen, die das Verhältnis der den einzelnen Organen der Gemeinschaft erteilten Befugnisse zueinander und die Verteilung der Befugnisse auf diese Organe berühren, werden von der Gemeinschaft mit Zustimmung des Parlamentes der Gemeinschaft (mit qualifizierter Mehrheit in beiden Kammern), des Europäischen Exekutivrates und des einstimmig beschließenden Rates der nationalen Minister angenommen. Sie treten mit ihrer Annahme in Kraft.

30. Die Abänderungen anderer Bestimmungen der Satzung als der unter den obigen Ziffern 28 und 29 in Betracht gezogenen werden von der Gemeinschaft mit Zustimmung des Parlamentes der Gemeinschaft, das mit qualifizierter Mehrheit beschließt, des Europäischen Exekutivrates und des durch Mehrheitsbeschluß entscheidenden Rates der nationalen Minister angenommen. Sie treten mit ihrer Annahme durch die Gemeinschaft in Kraft.

31. Bei Streitigkeiten über das auf einen Abänderungsantrag anzuwendende Verfahren oder über die Vereinbarkeit dieser Abänderung mit der Wahrung der Men-



schenrechte und Grundfreiheiten (oder mit bestimmten anderen Grundsätzen der Satzung, die gegebenenfalls in der Folge näher zu bestimmen wären) kann der Gerichtshof durch ein Organ der Gemeinschaft oder durch einen Mitgliedstaat angerufen werden. Die Prüfung des Vorschlages durch die Organe der Gemeinschaft wird bis zur Entscheidung des Gerichtshofes ausgesetzt.

### G. Mitgliedschaft

32. Die Gemeinschaft wird von den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gebildet.

33. Die Aufnahme in die Gemeinschaft können beantragen:

— die Mitgliedstaaten des Europarates;

— jeder andere europäische Staat, von dem angenommen werden kann, daß er imstande ist, die Grundsätze zu beachten, nach denen jeder seiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Person die Menschenrechte und Grundfreiheiten zustehen.

34. Die zuständigen Organe der Gemeinschaft beschließen über den Aufnahmeantrag und bestimmen nach dem in der Satzung vorgesehenen Verfahren die Bedingungen für die Aufnahme. Die Aufnahme erfolgt in der Form einer Zusatzakte zur Satzung, die auch die gegebenenfalls erforderlichen Satzungsänderungen enthält und der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten bedarf.

35. Die Gemeinschaft kann Assoziationsabkommen abschließen<sup>5</sup>:

— mit europäischen Nichtmitgliedstaaten;

— mit außereuropäischen Staaten, die durch verfassungsrechtliche Bindungen mit einem Mitgliedstaat oder einem assoziierten europäischen Staat verbunden sind.

### 36. Mitgliederbestand

Der Ausschuß war der Auffassung, daß diese wichtige Frage mit größerem Nutzen nach der Tagung der Sonderversammlung im Januar, wenn die Satzung in ihren großen Linien festgelegt ist, geprüft werden könnte. (*Anmerkung des Berichterstatters.*)

## ENTSCHLIESSUNG III

### Die politischen Institutionen der Gemeinschaft

#### A. Parlament der Gemeinschaft

##### a) Völkerkammer

1. Die Abgeordneten der Völkerkammer werden nach dem allgemeinen, direkten Wahlrecht gewählt.

2. Die Sitze in der Völkerkammer sind wie folgt verteilt:

— Deutschland, Frankreich und Italien verfügen über je 63 Sitze, Belgien und die Niederlande über je 30 Sitze und Luxemburg über 12 Sitze.

3. Jedem Land steht es frei, für die europäischen Wahlen die Wahlpflicht einzuführen.

4. Wahlstreitigkeiten werden der Völkerkammer selbst zur Schlichtung zugewiesen. Die Völkerkammer hat die Möglichkeit, den Gerichtshof der Gemeinschaft über die Rechtsfragen zu konsultieren, die sie zu stellen für notwendig hält.

5. Jeder Abgeordnete vertritt die gesamte Gemeinschaft. Gebundene Mandate sind ausgeschlossen.

6. Die Frage der Vorrechte und Immunitäten wird durch eine Bestimmung geregelt, die dem Artikel 40 der Satzung des Europarates entspricht.

##### b) Senat

7. Der Senat vertritt die Staaten.

Er bildet die Zweite Kammer des Parlamentes. Er hat dieselben Befugnisse und dieselben Rechte wie die Völkerkammer.

8. Die Zweite Kammer darf nicht lediglich ein Rat der nationalen Minister sein.

Die Mitglieder der Zweiten Kammer sind nicht durch Weisungen ihrer Regierungen gebunden.

9. Die Mitglieder des Senates werden von den nationalen Parlamenten gewählt.

Sie sind somit befähigt, zugleich Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarates und des Senates der Gemeinschaft zu sein.

Jedes Land entscheidet nach Maßgabe seiner Verfassung, was unter der Bezeichnung „nationales Parlament“ zu verstehen ist.

10. Die Staaten sind im Senat nicht nach dem Grundsatz der Parität, sondern nach dem Grundsatz der gewichteten Verteilung der Sitze vertreten.

Deutschland, Frankreich und Italien verfügen über je 21 Sitze, Belgien und die Niederlande über je 10 Sitze und Luxemburg über 4 Sitze.

11. Die Mitglieder des Senates stimmen individuell ab.

##### c) Verbindungen

12. a) Der Europäische Exekutivrat verhandelt über den Abschluß der Abkommen, mit denen dritte Staaten der Gemeinschaft assoziiert werden. Das Parlament der Gemeinschaft hat diese Verträge zu genehmigen. Diese Genehmigung bindet die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten.

b) Die Assoziationsabkommen können die Zulassung von Vertretern der assoziierten Staaten zu den Institutionen der Gemeinschaft vorsehen; sie bestimmen die Rechte und Pflichten dieser Vertreter im Parlament oder in allen anderen Institutionen der Gemeinschaft.

c) Der Senat kann die Zulassung von Beobachtern beschließen, die von dritten Staaten, die Mitglieder des Europarates sind, ernannt werden. Diese Beobachter nehmen an den Verhandlungen des Senats und seiner Ausschüsse teil; sie ergreifen das Wort nur auf Aufforderung des Präsidenten.

d) Die Völkerkammer kann die Zulassung von Beobachtern beschließen, die von dritten Staaten, die Mitglieder des Europarates sind, ernannt werden. Diese Beobachter nehmen an den Beratungen der Kammer teil; sie können nicht das Wort ergreifen.

e) Die Beobachter nehmen in keinem Falle an der Abstimmung teil.



f) Die Frage der Zulassung von Beobachtern aus Ländern, die nicht Mitglieder des Europarates sind, bleibt vorbehalten.

## B. Exekutive

13. Die Gemeinschaft hat kein Staatsoberhaupt.

14. Der Aufbau der Exekutive der Gemeinschaft umfaßt den Europäischen Exekutivrat und den Rat der nationalen Minister. Diese beiden Gremien treten mit den Vertretern der assoziierten Staaten regelmäßig zu einer Konferenz zusammen.

15. Der Europäische Exekutivrat wird völkerrechtlich und protokollarisch durch seinen Präsidenten vertreten.

16. Der Europäische Exekutivrat wird so aufgebaut, daß er als ständiges Organ amtieren kann.

17. Der Europäische Exekutivrat wird in folgender Weise gebildet<sup>6</sup>:

— Der Präsident wird nach später zu regelnden Einzelheiten vom Rat der nationalen Minister durch Beschluß gemäß Ziff. 24 ernannt.

— Nach seiner Ernennung wählt der Präsident sechs Mitglieder des Europäischen Exekutivrates aus den Mitgliedern des Parlamentes der Gemeinschaft oder aus dem Kreise von Persönlichkeiten, die diesem nicht angehören, aus.

18. Unter dem in Ziff. 6 b) der Entschliebung über die Integration der Montanunion und der EVG in die Gemeinschaft formulierten Vorbehalt ist der Europäische Exekutivrat dem Parlament der Gemeinschaft solidarisch verantwortlich. Die Mitglieder des Europäischen Exekutivrates stellen ihr Amt zur Verfügung, wenn die eine oder die andere Kammer mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen ihnen das Mißtrauen ausspricht.

19. Alle Beschlüsse im Rahmen der Zuständigkeit des Europäischen Exekutivrates sind dem Rat der nationalen Minister zur Genehmigung vorzulegen. Diese Bestimmung beeinträchtigt die entsprechenden Vorschriften des Vertrages über die Gründung der Montanunion, des Vertrages über die Gründung der EVG und dieser Satzung in keiner Weise.

20. Außer der allgemeinen, in dieser Satzung vorgesehenen Kompetenz zur Zustimmung übt der Rat der nationalen Minister auf den von den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG vorgesehenen Gebieten nach den Vorschriften dieser Verträge eine Entscheidungsbefugnis aus.

Die Mitglieder des Europäischen Exekutivrates nehmen an diesen Beratungen mit beratender Stimme teil.

21. Der Europäische Exekutivrat bereitet die Arbeiten des Rates der nationalen Minister vor.

22. Mit Zustimmung des Rates der nationalen Minister obliegt dem Europäischen Exekutivrat die allgemeine Führung der Geschäfte der Gemeinschaft.

23. Der Rat der nationalen Minister besteht aus den Ministern, die in den einzelnen Regierungen mit den europäischen Angelegenheiten betraut sind.

24. Vorbehaltlich besonderer Normen gibt der Rat der nationalen Minister seine Stellungnahmen mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder ab.

### Art der Verwaltung der Gemeinschaft

25. Die Verwaltung der Gemeinschaft ist grundsätz-

lich, mit Ausnahme der Verwaltung der Verteidigung, den nationalen Verwaltungen übertragen.

Die Gemeinschaft hat jedoch das Recht, ihre eigene Verwaltung zu errichten, sofern das Parlament sie dazu ermächtigt.

In den Fällen, in denen die Durchführung der von der Gemeinschaft beschlossenen Maßnahmen den Dienststellen der Mitgliedstaaten übertragen ist, hat der Europäische Exekutivrat das Recht, ihre Durchführung durch jedes erforderliche Ermittlungsverfahren zu überwachen. Er kann insbesondere Berichte anfordern, Untersuchungen an Ort und Stelle und auf Grund von Beweisstücken vornehmen, Zeugen vernehmen und Akten einsehen.

Um ein harmonisches Zusammenwirken zwischen der Verwaltung der Gemeinschaft und den nationalen Verwaltungen zu gewährleisten, kann der Europäische Exekutivrat gemischte Verwaltungsausschüsse und -beiräte einsetzen.

Die Maßnahmen zur Anwendung der angegebenen Normen werden auf Initiative des Europäischen Exekutivrates und mit Zustimmung des Rates der nationalen Minister beschlossen.

### Verfassungsrechtliche Grundsätze für den europäischen öffentlichen Dienst

26. Der Europäische Exekutivrat legt den Status der Beamten der Verwaltung der Gemeinschaft fest.

Die öffentlichen Ämter der Gemeinschaft werden nach den Grundsätzen des freien Zugangs zum öffentlichen Dienst und der Gleichbehandlung besetzt, vorbehaltlich geeigneter Vorschriften, die die Verteilung der Ämter der Gemeinschaft auf die verschiedenen Nationalitäten auf Grund einer gewichteten Verteilung sicherstellen.

### Interventionsrecht („Bundesexekution“)

27. Jeder Mitgliedstaat der Gemeinschaft hat den Menschenrechten, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und in dem am 20. März 1952 in Paris unterzeichneten Zusatzprotokoll niedergelegt sind, Geltung zu verschaffen.

Die Annahme der Satzung der Gemeinschaft hat als Rechtswirkung die vorbehaltlose Unterwerfung unter die obligatorische Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte zur Folge.

Die Gemeinschaft ist den Unterzeichnerstaaten der Konvention von Rom im Hinblick auf den in dieser Konvention vorgesehenen Instanzenzug (Kommission und Gerichtshof) gleichgestellt.

Der Europäische Exekutivrat kann vor der Kommission und dem Gerichtshof nach dem durch die Konvention festgelegten Verfahren als Kläger auftreten, um der verfassungsmäßigen Ordnung, den demokratischen Einrichtungen oder den Grundfreiheiten der Persönlichkeit Achtung zu verschaffen, wenn diese fortgesetzt in schwerwiegender Weise auf dem Gebiete eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft verletzt werden.

Der Europäische Exekutivrat ist ferner berechtigt, im Rahmen der bestehenden Verträge unmittelbar Beistand zu leisten, wenn er dazu von den verfassungsmäßig zuständigen Behörden des beteiligten Mitgliedstaates aufgefordert wird.



## C. Wirtschafts- und Sozialrat

28. Es wird ein Wirtschafts- und Sozialrat mit beratender Funktion gebildet.

Sollte der Europarat seinerseits einen Wirtschafts- und Sozialrat einsetzen, so würde der Wirtschafts- und Sozialrat der Gemeinschaft in demjenigen des Europarates aufgehen. In diesem Falle würde der Wirtschafts- und Sozialrat des Europarates die beratende Funktion auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bei der Gemein-

schaft erfüllen, wobei Einverständnis darüber besteht, daß die Stellungnahme dieses Wirtschafts- und Sozialrates erforderlichenfalls in der Form einer doppelten Stellungnahme eingeholt werden könnte: Stellungnahme mit der Mehrheit der Vertreter der Mitgliedstaaten des Europarates und Stellungnahme mit der Mehrheit der Vertreter der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

29. Es wird keinerlei Uebergangsregelung getroffen. Die in der Satzung vorgesehenen Institutionen sind zu errichten, sobald die Satzung in Kraft tritt.

## ENTSCHLIESSUNG IV

### Die gerichtlichen Institutionen der Gemeinschaft

1. Die Gerichtsbarkeit der Gemeinschaft wird dem für die Montanunion und die EVG vorgesehenen Gerichtshof übertragen.

Demnach wird beschlossen, die Gerichtsbarkeit der Gemeinschaft nicht dem in der Empfehlung 36 (1952) der Beratenden Versammlung des Europarates vorgesehenen Gerichtshof anzuvertrauen.

Die innerhalb der Gemeinschaft entstehenden Streitigkeiten, auf die die Konvention von Rom zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anwendbar ist, sind vor dem Gerichtshof der Gemeinschaft anhängig zu machen.

Ist der Gerichtshof der Gemeinschaft der Auffassung, daß ein Streitfall über eine Rechtsfrage, die unter die Konvention von Rom fällt, gleichzeitig die Beziehungen der Mitgliedstaaten mit der Gemeinschaft oder die Beziehungen zwischen Mitgliedstaaten als solchen berührt, so entscheidet er endgültig (gemäß dem in Art. 87 Montanunion-Vertrag und 122 EVG-Vertrag angeführten Grundsatz). Andernfalls erklärt sich der Gerichtshof für unzuständig, womit er den Parteien die Möglichkeit gibt, die in der Konvention von Rom vorgesehenen Instanzen anzurufen.

2. Der Gerichtshof entscheidet in den Streitigkeiten, die auf folgenden Gebieten entstehen:

#### a) Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Streitigkeiten

a) Nichtigkeitsklagen bzw. Aufhebungsklagen gegen die generellen oder individuellen Akte der Organe der Gemeinschaft, insbesondere gegen die Verordnungen und Verwaltungsakte des Europäischen Exekutivrates sowie der Hohen Behörde und des Kommissariats (Art. 33, 38 Montanunion-Vertrag, Art. 54, 57, 58 EVG-Vertrag).

b) Untätigkeitsklagen und Klagen auf Vornahme von Handlungen durch den Europäischen Exekutivrat sowie die Hohe Behörde und das Kommissariat gemäß der Verpflichtung auf Vornahme bestimmter Handlungen (vgl. Art. 35 Montanunion-Vertrag und Art. 55 EVG-Vertrag).

c) Klagen wegen eines Tuns oder Unterlassens, das geeignet ist, tiefgreifende und anhaltende Störungen in der Wirtschaft eines Mitgliedstaates hervorzurufen (vgl. Art. 37 Montanunion-Vertrag; Art. 55 EVG-Vertrag).

d) Streitigkeiten betreffend die allgemeinen vertraglichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und die wegen deren Nichtbefolgung eingeleiteten Sanktionen (vgl. Art. 88 Montanunion-Vertrag; Art. 117 EVG-Vertrag).

e) Streitigkeiten kraft nationaler Zuständigkeitsordnung (vgl. Art. 43 Abs. 2 Montanunion-Vertrag und Art. 64 Abs. 2 EVG-Vertrag).

f) Inzident-Feststellungsklagen über die vor staatlichen Gerichten in Frage gestellte Gültigkeit von Dekreten des Europäischen Exekutivrates sowie der Hohen Behörde und des Kommissariats (Art. 41 Montanunion-Vertrag; Art. 62 EVG-Vertrag).

#### b) Strafrechtliche Streitigkeiten

a) Festsetzung von Ordnungsstrafen — Finanzielle Sanktionen oder Geldbußen und Zwangsgelder — (vgl. Art. 36 Montanunion-Vertrag; Art. 107 Abs. 6 und Art. 108 Abs. 2 EVG-Vertrag);

b) Militärstrafsachen (vgl. Art. 61, 67 EVG-Vertrag und Art. 19, 22, 23 des Justizprotokolls zum EVG-Vertrag).

#### c) Zivilrechtliche Streitigkeiten

a) Amtshaftungsklagen einschließlich des sehr umfassenden Komplexes der Schadenersatzklagen (vgl. Art. 40, 34 Abs. 2 Montanunion-Vertrag; Art. 60 EVG-Vertrag mit Titel I Justizprotokoll und Art. 114 Abs. 2 dieses Vertrages).

b) Vertragsklagen (vgl. Art. 42 Montanunion-Vertrag, Art. 63 EVG-Vertrag).

#### d) Vollstreckungssachen

a) Aussetzung der Zwangsvollstreckung aus Titeln der Gemeinschaft (vgl. Art. 39 Abs. 2, 92 Montanunion-Vertrag; Art. 59 Abs. 2 EVG-Vertrag).

b) Vollstreckung in das Vermögen der Gemeinschaft auf Grund von Titeln von Organen der Mitgliedstaaten (vgl. Art. 1 Protokoll über Vorrechte und Immunitäten der Montanunion; Art. 1 des Entwurfs des Protokolls über Vorrechte und Immunitäten der EGV).

c) Sicherungsmaßnahmen (einstweilige Anordnungen Art. 39 Abs. 3 Montanunion-Vertrag; Art. 59 EVG-Vertrag).

#### e) Einzelzuständigkeiten kraft Sonderbestimmungen in den Verträgen oder Zusatzbestimmungen

a) Neubesetzungen und Amtsenthebungen in der Hohen Behörde bzw. im Kommissariat (vgl. Art. 10 Abs. 11 und Art. 12 Montanunion-Vertrag; Art. 23 EVG-Vertrag).

b) Streitigkeiten zwischen der Hohen Behörde und Käufern auf Grund von Kontrahierungsverboten (vgl. Art. 63 Ziff. 2 Montanunion-Vertrag).

c) Aberkennung von Ruhegehaltsansprüchen von Mitgliedern des Kommissariats (vgl. Art. 20 Abs. 2 Unterabsatz 4 EVG-Vertrag).



d) Entscheidung über die Auskunftspflicht der Mitgliedstaaten dem Kommissariat gegenüber (vgl. Art. 114 EVG-Vertrag).

e) Mitwirkung bei der Abänderung der Befugnisse der Hohen Behörde nach Ablauf der Uebergangszeit (vgl. Art. 95 Montanunion-Vertrag).

3. Die Gerichtsbarkeit in diesen Verfahren wird nach dem Grundsatz der Einheit der Rechtsprechung ausgeübt.

Der Gerichtshof entscheidet also in allen Streitigkeiten ohne Rücksicht darauf, welchem Vertragswerk sie im einzelnen entsprungen sind. Lediglich innerhalb des Gerichtshofs findet die Geschäftsverteilung zwischen Plenum und Senat statt.

Es sind demzufolge bei der Ausgestaltung des Gerichtshofes Senate für Verwaltungssachen, für Zivilsachen und für Strafsachen einzurichten.

4. Ueber Verfassungsstreitigkeiten entscheidet ein Sondersekat, dem der Präsident des Gerichtshofs und die Vorsitzenden der Senate angehören.

5. Der Senat für Verfassungsstreitigkeiten ist gleichzeitig — durch von dem assoziierten Staat oder den assoziierten Staaten zu benennende Richter ergänzt — Schiedsgericht in Streitigkeiten mit assoziierten Staaten.

6. Die Senate werden im allgemeinen nicht mehr als fünf Mitglieder aufweisen.

7. Während der Uebergangszeit finden die in den Verträgen über die Gründung der Montanunion und der EVG enthaltenen übereinstimmenden Vorschriften betreffend den Status und die Ernennung der Richter weiterhin Anwendung.

In der endgültigen Regelung wäre der Status der Richter auf Grund nachstehender Grundsätze festzulegen.

a) Die Richter sind zu benennen:

— entweder durch die Regierungen unter Zustimmung der parlamentarischen Organe der Gemeinschaft,

— oder durch Wahl der parlamentarischen Organe der Gemeinschaft aus einer von den Regierungen vorzulegenden Liste.

b) Die Bezüge der Richter können während der Dauer ihres Amtes nicht gekürzt werden.

c) Die Richter sind immun. Der Gerichtshof ist in Disziplinar- und Strafsachen, die seine Mitglieder betreffen, ausschließlich zuständig.

d) Die Richter werden nicht auf Lebenszeit ernannt. Eine Altersgrenze ist nicht vorgesehen.

e) Der Gerichtshof ist befugt, sich eine Geschäftsordnung und ein Reglement zu geben.

## ENTSCHLIESSUNG V

### Die Beziehungen der Gemeinschaft zu dritten Staaten und internationalen Organisationen

#### A. Assoziierte Staaten

1. In die Satzung der Gemeinschaft wird ein Kapitel über Assoziationen aufgenommen, das die allgemeinen Bestimmungen der Assoziation festlegt.

Unter einem assoziierten Staat ist ein Staat zu verstehen, der sich bereit erklärt hat, auf bestimmten Gebieten mitzuarbeiten, und der mit der Gemeinschaft einen Assoziationsvertrag abgeschlossen hat, der die einander entsprechenden Rechte und Pflichten jedes Vertragsteils festlegt.

2. Die Rechtsstellung eines assoziierten Staates kann erlangen:

a) ein europäischer Staat, der nicht Mitglied der Gemeinschaft ist;

b) ein überseeischer Staat, wenn zwischen ihm und einem europäischen Staat, der Mitglied der Gemeinschaft oder ihr assoziiert ist, verfassungsmäßige Bindungen bestehen.

3. Die Assoziation kann sich auf den gesamten Tätigkeitsbereich der Gemeinschaft oder auf einzelne oder mehrere Sachgebiete beziehen.

4. Die Assoziation setzt in der Regel voraus, daß eine enge Verbindung von längerer Dauer beabsichtigt ist.

5. Die Assoziation begründet für die Gemeinschaft wie für den assoziierten Staat Rechte und Pflichten.

Rechte, die einem Vertragsteil eingeräumt werden, müssen den Pflichten entsprechen, die er übernimmt.

6. Die Assoziation kommt durch Abschluß eines Assoziationsvertrages oder durch eine andere, demselben Zweck dienende, einvernehmliche Regelung zustande.

7. Das Assoziationsabkommen muß folgende wesentliche Bestimmungen enthalten:

a) Angabe der Sachgebiete, für welche die Assoziation eingegangen wird;

b) Festlegung der Rechte und Pflichten beider vertragsschließender Parteien;

c) Angabe der Mittel zur Verwirklichung des Assoziationsabkommens. Solche Mittel sind z. B.:

— die Entsendung von ständigen bevollmächtigten Vertretern oder von Beobachtern des assoziierten Staates in Organe der Gemeinschaft mit beratender oder beschließender Stimme;

— die Errichtung ständiger gemischter Ausschüsse auf der Ebene der Exekutive oder des Parlaments;

— die Verpflichtung zu gegenseitiger Information und Konsultation.

Der Assoziationsvertrag kann ferner Vereinbarungen aller Art enthalten, die der Erfüllung der mit der Assoziation verfolgten Zwecke dienen.

#### B. NATO

1. Da die EVG in die Gemeinschaft eingegliedert wird, gehen die Kompetenzen der EVG auf die Gemeinschaft über.

2. Die Gemeinschaft hat die Vorschriften der Artikel des EVG-Vertrages, die Beziehungen zu dritten Staaten zu regeln, insbesondere Artikel 2, 5, 13, 18, 32, 47, 68, 69, 70, 77, 78a, 87a, 91, 94, 120, 123 sowie die der beiden Zusatzprotokolle zum Vertrag einzuhalten.

3. Der EVG-Vertrag und der Nordatlantikpakt bedürfen entsprechender Abänderung oder Ergänzung in der Form von Nachträgen oder Protokollen.



## ENTSCHLIESSUNG VI

### Die zwischen der Gemeinschaft und dem Europarat herzustellenden Verbindungen

#### A. Allgemeine Bemerkungen

1. Die Verbindungen zwischen der Gemeinschaft und dem Europarat müssen so zahlreich wie möglich sein.

2. Diese Verbindungen können von zweierlei Art sein:

(1) Interne Verbindungen, die eine Teilnahme des Europarates am inneren Leben der Gemeinschaft mit sich bringen;

(2) Aeußere Verbindungen, die die Arbeitsweise der beiden unabhängigen Gemeinschaften aufeinander abstimmen.

Alle diese Verbindungen müssen kumuliert werden. Die Versammlung empfiehlt nachdrücklich die Herstellung interner Verbindungen, wodurch bestimmte Abänderungen der Satzung des Europarates notwendig werden. Erweist sich dies als unmöglich, so sind auch die äußeren Verbindungen ausreichend.

#### B. Interne Verbindungen

3. Um den Wunsch der Teilnehmerstaaten zum Ausdruck zu bringen, den Europarat, dem sie ebenfalls angehören, zu verstärken und aus ihm den allgemeinen politischen Rahmen Europas zu machen, indem sie das Ineinandergreifen der Organe der Gemeinschaft und der entsprechenden Organe des Europarates erleichtern, regt die Versammlung an, die in den nachstehenden Ziffern aufgeführten Abänderungen an der Satzung des Europarates vorzunehmen.

4. Die Satzung des Europarates müßte in folgendem Sinne abgeändert bzw. ihre Auslegung präzisiert werden.

Es wären vorzusehen:

— zunächst die vorherige und in bestimmten Fällen obligatorische Konsultation in Fragen von europäischem Interesse;

— sodann das Initiativrecht zur Vorbereitung aller Vertragsentwürfe bzw. Parallelgesetzgebungen, die sich auf dieselben Fragen beziehen;

— schließlich die Zuständigkeit, die sich aus der Verschmelzung der OEEC und der EZU im Rahmen des Europarates ergibt.

Findet eine solche Verschmelzung nicht statt, so müßte ein unter der Schirmherrschaft des Europarates gebildeter gemischter Ausschuß sich mit der Frage der Koordinierung der Tätigkeit dieser Organisation befassen.

5. Die Satzung des Europarates müßte in der Weise abgeändert bzw. ihre Auslegung präzisiert werden, daß der Aufbau des Rates dem Aufbau der Organe der Gemeinschaft angepaßt wird.

Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft müßten dieselben Abgeordneten in die Organe des Europarates wie in die entsprechenden Organe der Gemeinschaft entsenden können.

Dementsprechend könnten alle Mitglieder des Ministerkomitees des Europarates und alle Abgeordneten der Beratenden Versammlung des Europarates in einem noch zu bestimmenden Maße an den Arbeiten des Rates der nationalen Minister und des Parlaments der Gemeinschaft teilnehmen.

Die Versammlung zieht insbesondere die Teilnahme ohne das Recht, das Wort zu ergreifen, in Betracht, ferner

das Recht, auf Einladung das Wort zu nehmen, die uneingeschränkte beratende Stimme sowie das Recht, schriftliche Berichte einzureichen, über deren Veröffentlichung und Verbreitung die Behörden der Gemeinschaft entscheiden.

6. Wenn einzelne Staaten in einer intensiveren Weise am Leben der Gemeinschaft teilnehmen wollen, ohne ihr beizutreten, so steht ihnen frei, den Status eines assoziierten Mitgliedes zu erwerben, der ihnen unter bestimmten Voraussetzungen beschließende Stimme gibt, aber auch gegenseitige Verpflichtungen auferlegt<sup>7</sup>.

7. Die Versammlung hält die Beachtung des Grundsatzes, den Umfang der Vorrechte nach demjenigen der Verpflichtungen zu bemessen, für unabdingbar.

8. Die geschlossene Beteiligung des Europarates und infolgedessen die Beteiligung von Staaten, die der Gemeinschaft nicht angehören, an den Arbeiten dieser Gemeinschaft ist zur Herstellung besserer Kontakte und zur Ermöglichung von Beratungen in größerem Rahmen gedacht. Sie darf keine Begrenzung der Souveränität der Gemeinschaft zur Folge haben.

9. Wenn der Europarat der Gemeinschaft assoziiert wird, so ist zu wünschen, daß dementsprechend diese Gemeinschaft als Gesamtheit und außerhalb der eigenen Vertretung ihrer Mitglieder in den verschiedenen Organen des Europarates vertreten ist. Insbesondere müßte der offizielle Vertreter der Gemeinschaft als neues Mitglied in das Ministerkomitee des Europarates aufgenommen werden.

10. Es obliegt dem Europarat, die vorstehend formulierten Anregungen zur Abänderung seiner Satzung nach seinem freien Willen anzunehmen oder abzulehnen.

Im Falle der Annahme können interne Verbindungen zwischen der Gemeinschaft und dem Europarat zugleich mit den oben ins Auge gefaßten äußeren Verbindungen hergestellt werden.

Im Falle der Ablehnung können lediglich äußere Verbindungen hergestellt werden.

#### C. Aeußere Verbindungen

11. Die unter den nachstehenden Ziffern vorgeschlagenen äußeren Verbindungen können in ihrer Gesamtheit oder zum Teil verwirklicht werden.

12. Die Gemeinschaft und der Europarat könnten am selben Ort und in denselben Räumen tagen, ohne etwas von ihrer beiderseitigen Unabhängigkeit preiszugeben.

13. Es könnten äußere Verbindungen in Betracht gezogen werden, die sich auf die Verfahrensordnung der beiden Organisationen gründen, darunter insbesondere:

a) der Austausch von Informationen, Statistiken und Jahresberichten;

b) die Möglichkeit gegenseitiger Konsultationen;

c) die Möglichkeit gegenseitiger Empfehlungen mit der Verpflichtung zur Bekanntgabe der Maßnahmen, die auf Grund dieser Empfehlungen getroffen wurden.

14. Ferner könnten Verbindungen in Betracht gezogen werden, die auf dem Grundsatz der Personalunion beruhen. Darunter wäre hervorzuheben:



a) Dieselben Persönlichkeiten sind Mitglieder einer Kammer des Parlaments der Gemeinschaft und der Beratenden Versammlung des Europarates.

b) Dieselben Minister gehören zum Rat der nationalen Minister der Gemeinschaft und zum Ministerkomitee des Europarates.

c) Dieselben Verwaltungsdienststellen stehen in einem

bestimmten Maße der Gemeinschaft und dem Europarat zur Verfügung.

15. Der Europarat kann unter noch zu bestimmenden Voraussetzungen in die verschiedenen Organe der Gemeinschaft Beobachter entsenden, deren Rolle noch festzulegen ist.

16. Die Gemeinschaft befaßt sich mit bestimmten Fragen erst nach Einholung der Stellungnahme des Europarates.

## BESONDERE ENTSCHEIDUNG

Bestimmte Maßnahmen, die von den Regierungen unverzüglich zu treffen sind

Die Versammlung,

Hält es für unbedingt erforderlich, die europäische öffentliche Meinung für den Fortschritt der europäischen Einigung aufgeschlossener zu machen,

Ist sich dessen bewußt, daß dieses Ziel leichter erreicht werden kann, wenn unverzüglich bestimmte Maßnahmen getroffen werden, und

Empfiehlt den Sechs Regierungen:

a) spätestens mit dem Inkrafttreten des Vertrages über die Gründung der EVG den Sichtvermerkszwang für die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten bei Reisen zwischen den sechs Ländern aufzuheben,

b) die Ausgabe einheitlicher Postwertzeichen für die sechs Länder in Aussicht zu nehmen.

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Die Einzelheiten der Annahme dieser Protokolle und die Bedingungen für ihr Inkrafttreten haben noch nicht den Gegenstand von Entscheidungen gebildet.

<sup>2)</sup> Das in Ziff. 12 (2) vorgesehene Verfahren läßt den Fall unberührt, daß ein Mitgliedstaat ein internationales Abkommen abschließt, das zu den von der Gemeinschaft bestimmten gemeinsamen politischen Zielen in Widerspruch steht.

Diese Frage steht in Zusammenhang mit der allgemeinen Frage der Einhaltung der Beschlüsse der Gemeinschaft durch die Mitgliedstaaten und der Sanktionen, die die Gemeinschaft über diese Staaten im Falle der Verletzung ihrer Verpflichtungen verhängen könnte. Offensichtlich könnte, wenn es sich um die Verletzung einer politischen Verpflichtung handelt, ihre Beurteilung nicht den Gegenstand einer rein gerichtlichen Entscheidung bilden. Ließe man andererseits ausschließlich ein politisches Organ entscheiden, so würde man Gefahr laufen, einen Konflikt zwischen der Gemeinschaft und einem ihrer Mitglieder hervorzurufen. Solange das System der doppelten Zuständigkeit auf denselben Gebieten besteht, wird es unmöglich sein, die eine oder andere dieser Unzuträglichkeiten zu vermeiden.

<sup>3)</sup> Dieses Verfahren ist dasselbe, wie es für die Revision der Zuständigkeiten der Ministerräte der Montanunion und der EVG (vgl. oben Ziff. 8 (2) a) vorgesehen ist.

<sup>4)</sup> Der Ausschuß ist mit nachstehendem Alternativvorschlag befaßt worden, den er der Versammlung zur Kenntnis bringen will:

„Die (in Ziffer 28 angeführten) Abänderungen sollen, nachdem sie von der Gemeinschaft mit einstimmiger (oder mit Mehrheitsbeschluß erteilter) Billigung des Rates der nationalen Minister angenommen worden sind, den Gegenstand eines Vertrages bilden, der von den Regierungen der Mitgliedstaaten geschlossen wird und der Ratifizierung durch die Einzelstaaten nach ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Vorschriften bedarf.“

<sup>5)</sup> Natur und Inhalt der Assoziationsabkommen bilden den Gegenstand der Entschließung V über die Beziehungen zu dritten Staaten.

<sup>6)</sup> Der Ausschuß hat diese Ziffer, ohne zu ihr einen Beschluß zu fassen, und unter Hinzufügung der anderen Vorschläge, die ihm von einzelnen Mitgliedern unterbreitet wurden, an die Vollversammlung verwiesen.

*Vorschlag der Abgg. Mollet und Jaquet.*

Der Europäische Exekutivrat besteht aus einem Präsidenten und acht Mitgliedern, die auf Vorschlag des Rates der nationalen Minister, der mit Zweidrittelmehrheit beschließt, von der Völkerkammer ernannt werden.

*Vorschlag des Abg. Becker.*

Der Europäische Exekutivrat wird wie folgt gebildet:

Der erste Präsident wird mit Zweidrittelmehrheit von den Außenministern der Mitgliedstaaten ernannt. Die nachfolgenden Präsidenten werden von den zu einer einheitlichen Versammlung vereinigten beiden Kammern gewählt, und zwar mit absoluter Mehrheit, berechnet nach der Mitgliederzahl. Wird diese Majorität in einem ersten oder in einem zweiten Wahlgang nicht erreicht, dann genügt im dritten Wahlgang die relative Mehrheit.

Der Präsident wählt aus den Mitgliedern des Parlaments der Gemeinschaft oder aus dem Kreise von Persönlichkeiten, die diesem nicht angehören, sechs Mitglieder aus, welche mit ihm zusammen den Europäischen Exekutivrat bilden.

Der Europäische Exekutivrat bleibt zwei Jahre in Tätigkeit. Er kann vor Ablauf dieser Frist von dem Senat durch Mißtrauensvotum gestürzt werden, wenn die Völkerkammer bei dem Senat dieses beantragt.

Ein Mißtrauensvotum kann sich auf einen Minister oder auf das Kabinett im ganzen beziehen. Bezieht es sich auf den Präsidenten oder auf das Kabinett im ganzen, dann ist ein Mißtrauensvotum nur wirksam, wenn in dem Mißtrauensvotum zugleich ein neuer Präsident des Exekutivrats genannt ist.

*Vorschlag der Abgg. Bergmann, Persico und Santero.*

Der Europäische Exekutivrat wird in folgender Weise gebildet:

Der erste Präsident wird mit Zweidrittelmehrheit von den Außenministern der Mitgliedstaaten ernannt.

Die nachfolgenden Präsidenten werden von den vereinigten beiden Kammern mit Zweidrittelmehrheit im ersten oder zweiten Wahlgang ernannt. Ist ein dritter Wahlgang erforderlich, so genügt die einfache Mehrheit.

Nach seiner Ernennung wählt der Präsident sechs Mitglieder des Europäischen Exekutivrates aus den Mitgliedern des Parlamentes der Gemeinschaft oder aus dem Kreise von Persönlichkeiten aus, die diesem nicht angehören, und läßt den Rat durch eine Abstimmung der Völkerkammer bestätigen.

Der Exekutivrat wird für die Dauer von zwei Jahren ernannt. Er kann vor Ablauf seiner Amtszeit gestürzt werden, wenn die Völkerkammer einen Mißtrauensantrag beschließt und der Senat diesen Antrag bestätigt.

<sup>7)</sup> Diese Frage wird in Entschließung V (Teil A) über die Beziehungen der Gemeinschaft zu dritten Staaten behandelt.

Quelle: Ad hoc-Versammlung, Dok. 1. Bericht des Verfassungsausschusses.



## Kurzberichte und Zeittafel

### Bemühungen um die Vereinheitlichung des europäischen Verkehrswesens

Eine Konferenz, die sich zwar im wesentlichen mit technischen Fragen befaßte, deren Auswirkungen auch auf die politische Seite der europäischen Integration jedoch nicht ausbleiben werden, fand vom 29. bis 31. Januar 1953 in Paris statt. Die Verkehrsminister der sechs Staaten der Montanunion trafen sich mit ihren Kollegen aus Oesterreich und der Schweiz, um dringende Probleme des europäischen Verkehrswesens zu besprechen und zu gemeinsamen Maßnahmen für ihre Lösung zu gelangen. Es wäre falsch, in dieser Konferenz bereits eine Vorkonferenz für die Bildung einer europäischen Verkehrsunion zu sehen, doch sind die von den Ministern gefaßten Beschlüsse geeignet, durch die Angleichung der Verkehrsverhältnisse in den einzelnen Ländern überhaupt erst die Bedingungen zu schaffen, unter denen eine solche Union funktionieren könnte.

Die Konferenz, von der Bundesverkehrsminister *Seeböhm* feststellte, daß sie wie kaum eine andere internationale Konferenz einmütig und klar ihre Ziele erreicht habe, beschloß in einer Generalresolution, in Zukunft enge Beziehungen zwischen den europäischen Verkehrsministerien aufrechtzuerhalten, ohne dafür eigens eine neue Organisation schaffen zu wollen. Zur Koordinierung der gemeinsamen Bestrebungen sollen in den einzelnen Ländern Beauftragte ernannt werden, die gemeinsam die anliegenden Probleme bearbeiten sollen, um gegebenenfalls eine neue Ministerkonferenz einzuberufen.

Im einzelnen befaßte sich die Konferenz in erster Linie mit dem Eisenbahnverkehr, über den allein vier Entschlüsse gefaßt wurden. Bei diesen handelt es sich um die Erweiterung des deutsch-französischen Abkommens über die gemeinschaftliche Benutzung von Güterwagen (EUROP-Wagen) auf die anderen Länder, um die Konzentration des internationalen Eisenbahnverkehrs auf die leistungsfähigsten Bahnlinien, um die Angleichung und schließliche Vereinheitlichung der Tarife, um die Standardisierung des Materials und die internationale Finanzierung der Materialbeschaffung sowie um die Elektrifizierung, die durch die technische Verschiedenartigkeit der in den einzelnen Ländern schon bestehenden elektrischen Netze besondere Probleme aufgibt.

Für den internationalen Straßenverkehr wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die den Ausbau des am 16. September 1950 in Genf beschlossenen Netzes der europäischen Durchgangsstraßen vorantreiben soll. Insbesondere soll die Kommission Vorschläge für eine internationale Finanzierung dieses Projektes ausarbeiten, da die Finanzierung allein aus nationalen Mitteln der einzelnen Staaten von den Ministern für ungenügend er-

achtet wurde, um den Ausbau der Verkehrswege in einem der Entwicklung des Verkehrs angemessenen Umfang zu ermöglichen.

Die beiden letzten Resolutionen befaßten sich mit der europäischen Binnenschifffahrt. Es wurde beschlossen, eine Übersicht der Wasserstraßenprojekte von europäischem Interesse aufzustellen, um bei einer künftigen Konferenz Entscheidungen über den Ausbau des europäischen Wasserstraßennetzes treffen zu können. Die kürzlich gegründete Internationale Binnenschifffahrts-Union wurde von den Ministern als internationale Vertretung der Binnenschifffahrt anerkannt und ihrer Unterstützung versichert.

Die Resolutionen der Pariser Konferenz sollen, ohne unmittelbar bindend zu sein, der künftigen Verkehrspolitik der teilnehmenden Länder als Richtlinien dienen, damit die technischen Voraussetzungen für eine spätere Integration des europäischen Verkehrswesens geschaffen werden können.

### Währungskonferenz der ELEC in Brüssel

Vom 29. bis 31. Januar 1953 hielt die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) in Brüssel eine internationale Währungskonferenz ab, auf der die Probleme enger wirtschaftlicher und währungspolitischer Zusammenarbeit sowohl innerhalb Europas als auch zwischen Europa und der übrigen Welt von Wirtschaftlern, Wissenschaftlern und Politikern erörtert wurden. Die Aufmerksamkeit, die dieser Konferenz auch von seiten der Regierungen gezollt wurde, zeigte sich in der Anwesenheit der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande, *Erhard* und *Zijlstra*, und des belgischen Finanzministers, *Janssen*. Die Minister sprachen sich ausnahmslos für die freie Konvertierbarkeit der Währungen und für einen freien Markt aus, der niederländische Wirtschaftsminister betonte darüber hinaus die Notwendigkeit einer europäischen Zollunion.

Die Konferenz untersuchte in vier Ausschüssen die Probleme der Konvertierbarkeit der Währungen, die Erfordernisse einer Schließung der Dollarlücke, die Entwicklung der Europäischen Zahlungsunion und die währungspolitischen Auswirkungen der Bildung des gemeinsamen Marktes der Montanunion. Als Grundlage der Arbeiten hatte Generalsekretär *Sermon* einen ausführlichen Bericht über diese Fragenkomplexe vorgelegt. Die Ergebnisse der Erörterungen wurden in einer Resolution niedergelegt, in deren Präambel den Regierungen nahegelegt wird, die Bildung eines möglichst ausgedehnten gemeinsamen Marktes mit völliger Freizügigkeit für Personen, Güter und Kapital zu fördern. Dazu wird erklärt, daß die Bildung des gemeinsamen Marktes der Montanunion zwar begrüßenswert sei, daß dieser jedoch schließlich durch einen



allgemeinen europäischen Markt, der dem Handel mit der freien Welt weit offensteht, abgelöst werden sollte. (Den Wortlaut der Resolution der ELEC werden wir in einer künftigen Folge veröffentlichen.)

#### François-Poncet würdigt Marshall Pétain

Anlässlich seiner Aufnahme in die Académie Française würdigte der französische Hohe Kommissar in Deutschland, André François-Poncet, am 22. Januar in einer ausführlichen Rede das Leben und die Persönlichkeit seines Vorgängers in der Académie, des Marshalls Philippe Pétain. François-Poncet entsprach damit einer Tradition der Académie und verzichtete auf die Möglichkeit, ein anderes Thema zum Gegenstand seiner Antrittsrede zu machen, wie es in früheren Fällen geschehen war, wenn der Nachfolger eines ehemaligen Vichy-Ministers seine Antrittsrede vor der Académie hielt. Er benutzte vielmehr die Gelegenheit zu einem Versuch, die Kluft zu überbrücken, die sich nach dem Kriege in der öffentlichen Meinung Frankreichs gebildet hatte. In der Schilderung des Werdeganges seines Vorgängers stellte er den Marshall zunächst als den Sieger von Verdun dar, dem das französische Volk tiefe Verehrung und Begeisterung entgegenbrachte. Er schilderte ihn dann als den Chef einer Regierung, die den Waffenstillstand vom 19. Juni 1940 unterzeichnete und es als ihre Pflicht ansah, im Lande zu bleiben, was auch immer geschehen möge. Pétain habe es als seine persönliche Aufgabe betrachtet, sich zwischen die Bevölkerung und die Nazis zu stellen. „Ohne die Absichten des Mannes zu verkennen, der Frankreich durch seinen Schild decken wollte“, stellte François-Poncet ihm jedoch einen anderen gegenüber, den General de Gaulle, „der das Schwert wieder aufhob, das unseren Händen entfallen war“, und dem es zu verdanken wäre, daß Frankreich als gleichberechtigter Partner im Rat der Sieger sitzen konnte. Er ersparte dem Marshall nicht den Vorwurf, daß er auch dann noch versuchte, die Verantwortung des Steuerhelfers zu behalten, als er bereits die Gewalt über das Schiff verloren hatte, und sich auch dann noch weigerte, das Land zu verlassen, als die Amerikaner in Nordafrika gelandet waren. Durch seine Gegenwart und dadurch, daß seine Proteste nicht an die Öffentlichkeit drangen, sei der Eindruck entstanden, als dulde er die Ausschreitungen der Besatzungsmacht. In Wirklichkeit sei der Marshall schon vor seiner Verhaftung ein Gefangener gewesen. Der Prozeß gegen den Marshall, der unvermeidbar war und in einer Zeit geführt wurde, da die politischen Leidenschaften entfesselt waren, habe ein politisches Urteil bringen müssen. Aber die Nachwelt und künftige Historiker würden sich immer wieder mit den Fragen auseinandersetzen müssen, die durch diesen Prozeß aufgeworfen wurden, und sie würden sie je nach Veranlagung verschieden beantworten. François-Poncet schloß seine Ausführungen mit einem Appell zur Solidarität und Einigkeit.

#### Die Verfassungsänderung in Jugoslawien

Am 13. Januar 1953 billigte die jugoslawische Nationalversammlung einstimmig das „Verfassungsgesetz über die Bundes- und Republik-Organen der Macht“, durch das wesentliche Abschnitte der Verfassung von 1946 außer Kraft gesetzt werden. Damit fand eine Entwicklung zur Dezentralisierung und Demokratisierung

ihren sichtbaren Ausdruck, die schon nach dem Abfall Jugoslawiens vom Kominform im Jahre 1948 ihren Anfang genommen hatte und die Außenminister Edvard Kardelj in einem anlässlich der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs am 29. November 1952 geschriebenen Kommentar als den „Sieg des Sozialismus über die staatskapitalistische Bürokratie“ bezeichnete.

Zwei bedeutsame Schritte in dieser Richtung waren dem neuen Verfassungsgesetz vorausgegangen: Im Juni 1950 billigte die Nationalversammlung ein Gesetz, durch das die Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe aus der Zuständigkeit des Staates herausgenommen und den Betriebskollektiven übertragen wurde. Damit war eine bis zu einem gewissen Grade freie Wirtschaft wiederhergestellt, in die der Staat lediglich planend und kontrollierend eingriff. Auf dem Gebiet der staatlichen Verwaltung brachte das Gesetz über die Volksausschüsse vom März 1952 eine weitgehende Dezentralisierung, indem es alle Macht in den örtlichen Verwaltungen in die Hand der Volksausschüsse legte (vgl. „Entwicklung und Aufbau der Volksausschüsse...“ in EA 22—23/1952, S. 5337—42.)

Dieser Entwicklung auf lokaler Ebene wurden durch das neue Verfassungsgesetz nun auch die Institutionen der einzelnen Volksrepubliken und des Bundes angepaßt. Der Nationalversammlung als dem obersten Organ der Volksvertretung obliegt in Zukunft neben der Legislative auch die Exekutive, wozu sie aus ihrer Mitte einen Exekutivrat wählt, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik die allgemeinen Linien der Politik bestimmt. Die bisherigen Ministerien werden in Staatssekretariate umgewandelt, die als reine Verwaltungsorgane an die Weisungen des Exekutivrates gebunden sind. Analog wird der Aufbau der Regierungsorgane auch in den einzelnen Volksrepubliken erfolgen.

Die Nationalversammlung besteht nach dem neuen Verfassungsgesetz aus zwei Kammern, einem „Politischen Haus“ und einem „Produzentenrat“. Die Abgeordneten beider Versammlungen sind die Vertreter der entsprechenden Grundorgane der Selbstverwaltung, nämlich der lokalen Volksausschüsse und der Betriebskollektive, denen sie auch für ihre Arbeit direkt verantwortlich sind. Damit soll, wie Außenminister Kardelj in dem schon zitierten Kommentar feststellte, eine organische Verbindung zwischen dem höchsten Organ der staatlichen Macht und den unmittelbaren Organen der Volksmacht hergestellt werden.

Die bisherige Abgeordnetenkammer der Nationalversammlung, die sofort die Funktionen des Politischen Hauses übernahm, wählte am 14. Januar Marshall Tito mit 568 gegen 1 Stimme zum ersten Präsidenten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien. Am 15. Januar wurden auch die übrigen 43 Mitglieder des Exekutivrates gewählt, wobei die einflussreichsten Mitglieder des früheren Politbüros der KPJ, Edvard Kardelj, Alexander Rankowitsch, Milovan Djilas und Moshe Pijade, die Stellung von Vizepräsidenten erhielten. Bei den Staatssekretariaten wurden die beiden wichtigsten Ressorts für Äußeres und Verteidigung mit Angehörigen des Exekutivrates besetzt, während die übrigen von Fachbeamten geleitet werden, die nicht dem Parlament angehören. Staatssekretär des Äußeren wurde Generaloberst Kotscha Popowitsch, Staatssekretär für Verteidigung Generaloberst Ivan Goschnjak.



## Zeittafel vom 16. bis 31. Januar 1953

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Integration

16. Beendigung der am 15. Januar begonnenen Sitzung des Ministerrates der Montanunion. Meinungsaustausch über die durch die bevorstehende Bildung der gemeinsamen Märkte für Kohle, Erz und Stahl aufgeworfenen Probleme. Entscheidungen werden bis zur nächsten Sitzung vertagt.
17. Beendigung der am 14. Januar begonnenen Sondersitzung der Beratenden Versammlung des Europarates. Stellungnahme zum Verfassungsentwurf für die Europäische Politische Gemeinschaft. (Vgl. Kurzbericht in EA 3/1953, S. 5483.)  
Erklärung des belgischen Außenministers über den EVG-Vertrag (vgl. Belgien).
26. Konstituierende Sitzung des Beratenden Ausschusses der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg. Der Ausschuss besteht aus je 17 Vertretern der Produzenten, der Arbeitnehmer und der Verbraucher der Gemeinschaft. Zum Präsidenten des Ausschusses wird der deutsche Delegierte Helmuth *Burckhardt* gewählt. Der Präsident der Hohen Behörde, *Monnet*, ersucht den Ausschuss um Stellungnahme in verschiedenen Fragen, darunter über die Zweckmäßigkeit der Einführung von Höchst- und Mindestpreisen, über Maßnahmen zur Verhinderung von Preisunterschieden zwischen den Ländern und über die Begriffsbestimmung der im Vertrag untersagten diskriminierenden Praktiken.
29. Beginn einer Sitzung der Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung in Rom.
- 29.—31. Konferenz der Verkehrsminister von acht europäischen Staaten in Paris (vgl. Kurzbericht auf S. 5513).  
Währungskonferenz der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) in Brüssel (vgl. Kurzbericht auf S. 5513).

## Nordatlantikpakt-Organisation

29. Ernennung des britischen Vizeadmirals *Edward M. Evans-Lombe* zum Befehlshaber der alliierten Seestreitkräfte in Nordeuropa als Nachfolger des im Dezember 1952 abgelösten Admirals *Sir Patrick Brind*.

## Belgien

17. Der Ministerrat beschließt, den EVG-Vertrag dem Parlament in unveränderter Form zur Ratifizierung vorzulegen, obwohl der Staatsrat in einem Gutachten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit einzelner Punkte geäußert hatte. Außenminister *Paul van Zeeland* erklärt sich am gleichen Tage in einer Rede vor dem Generalrat der Christlich-Sozialen Partei zu Verhandlungen über die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Zusatzprotokolle bereit, er äußert jedoch die Befürchtung, daß dadurch das mühsam hergestellte Gleichgewicht gestört werden könnte.
- 20.—21. Lohn- und Preis-Konferenz der BENELUX-Staaten in Brüssel. Auf der Konferenz, an der neben

den zuständigen Ministern auch Vertreter der Sozialpartner der drei Länder teilnehmen, kann eine Einigung über eine Angleichung des niederländischen Lohn- und Preisniveaus an das belgische und luxemburgische nicht erzielt werden. Die Verhandlungen werden vertagt.

## Dänemark

29. Protestnote der Sowjetunion gegen die Errichtung von NATO-Luftstützpunkten (vgl. Sowjetunion).

## Deutschland

16. Bundeskanzler *Adenauer* beantwortet das Schreiben des SPD-Vorsitzenden, *Ollenhauer*, vom 7. Januar. Der Kanzler erklärt darin, das von der SPD geforderte internationale System der kollektiven Sicherheit könne gegenwärtig nicht verwirklicht werden. Im wesentlichen stimmten jedoch Regierung und Opposition in den Zielen der Außenpolitik überein. Am 20. Januar erklärt *Ollenhauer*, die Antwort des Bundeskanzlers sei negativ ausgefallen; er teilt dem Bundeskanzler am 22. Januar in einem Schreiben mit, die SPD sehe in weiteren Gesprächen über die deutsch-alliierten Verträge keinen Sinn mehr.
17. Einweihung des Instituts für europäische Geschichte in Mainz in Anwesenheit von Bundespräsident *Heuss*.
18. Die amerikanische Hohe Kommission veröffentlicht eine Umfrage über den Neonazismus. Danach sollen 44 vH von 1200 befragten Personen erklärt haben, an den Ideen des Nationalsozialismus sei mehr Gutes als Schlechtes gewesen. Bundeskanzler *Adenauer* wendet sich am 19. Januar im Rundfunk und am 21. Januar vor dem Bundestag gegen die auf Grund dieser Umfrage und der am 14. Januar erfolgten Verhaftung der sieben ehemaligen nationalsozialistischen Funktionäre erhobenen Vorwürfe. Zu der Umfrage stellt er fest, daß frühere Umfragen ähnliche Ergebnisse gezeitigt hätten, doch sei daraus von offizieller amerikanischer Seite niemals auf ein Anwachsen des Nazismus geschlossen worden.
19. Bildung einer Zentralen Untersuchungskommission zur Aufklärung von staatsfeindlichen Aktionen in der DDR. Mit der Leitung der Kommission wird der Staatssekretär im Staatssicherheitsministerium, *Erich Mielke* (SED), beauftragt. Die Kommission setzt sich aus Angehörigen der Staatlichen Kontrollkommission und des Staatssicherheitsdienstes zusammen.
20. Der Politische Ausschuss der CDU der DDR schließt den am 15. Januar vom Staatssicherheitsdienst verhafteten Außenminister, *Georg Dertinger*, aus der Partei aus.
21. Die Bundesregierung gibt den Inhalt des von ihr verabschiedeten Entwurfs eines neuen Wahlgesetzes bekannt. Der Entwurf enthält folgende Hauptpunkte: Erhöhung der Abgeordnetenzahl auf 484, Koppelung von Persönlichkeits- und Listenwahl, Einführung einer Eventualstimme zur Vermeidung eines zweiten Wahl-



ganges. SPD und Zentrum lehnen diesen Gesetzesentwurf ab mit der Begründung, das Wahlverfahren stifte nur Verwirrung bei den Wählern. Die Deutsche Wählergesellschaft protestiert auf einer Veranstaltung am 25. Januar in Frankfurt ebenfalls gegen den Entwurf und spricht sich einmütig für die Einführung des reinen Mehrheitswahlrechtes aus.

Der Bundestag lehnt die Mißbilligungsanträge der SPD gegen Bundeskanzler Adenauer und Justizminister Dehler wegen ihrer Haltung im Verfassungskonflikt ab. Er beschließt gegen die Stimmen von SPD und KPD die Umwandlung des Ausschusses zur Mitberatung des EVG-Vertrages in einen ständigen Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit.

22. Das Berliner Abgeordnetenhaus appelliert an die Bundesregierung und die Länderregierungen um Hilfe für die ständig wachsende Zahl der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung am 23. Januar in einer Entschliebung auf, sofortige Maßnahmen in Berlin zu treffen. Das Bundesfinanzministerium stellt daraufhin am 24. Januar einen Betrag von 90 Millionen DM für die Unterbringung der Flüchtlinge zur Verfügung. Am 27. Januar erläutert Bürgermeister Reuter vor der Presse in Berlin eingehend die Lage der Flüchtlinge und die daraus erwachsenden Schwierigkeiten. Die Zahl der Flüchtlinge seit dem 1. Januar belaufe sich auf 20 000 Personen. Am 29. Januar teilt der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen, Gerrit J. van Heuven-Goedhart, der Bundesregierung mit, daß der Flüchtlingsausschuß der UN einen Betrag aus der Ford-Stiftung für die Unterbringung der Flüchtlinge zur Verfügung stellen werde. Ein Sonderbeauftragter wird nach Berlin entsandt. Der Ministerrat der DDR beauftragt den Staatssekretär Anton Ackermann mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.

24. Das *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* veröffentlicht ein Interview von Bundeskanzler Adenauer mit der französischen Zeitung *La Croix*. Er bezeichnet darin die Saarfrage als ein Problem, das zwar hemmend und verzögernd, aber nicht zerstörend auf die europäische Integration einwirken könne. Zur Frage der Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge erklärt der Kanzler, diese Verträge stellten die zur Zeit beste Lösung für alle Beteiligten dar.

26. Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Präsidenten der jüdischen Konferenz für Wiedergutmachungsansprüche, Nahum Goldmann, über die Verwirklichung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens.

27. Bundeskanzler Adenauer berichtet der Presse über die Beratungen und Beschlüsse des Parteivorstandes und des Parteiausschusses der CDU. Er äußert die Ansicht, daß in der Außenpolitik Frankreichs und der Vereinigten Staaten keine Aenderung eintreten werde. Er fordert erneut die schnelle Verwirklichung der deutsch-alliierten Vertragswerke, da ein Scheitern der Verträge nicht nur die Sicherheit Westeuropas gefährden, sondern auch schwere wirtschaftliche Folgen für

Europa und besonders für die Bundesrepublik haben würde.

28. Bundesfinanzminister Fritz Schäffer erläutert im Bundestag den Bundeshaushalt 1953/54 und unterbreitet einen Vorschlag zur Reform der Einkommensteuer, die ab 1. Mai 1953 um 13 bis 16 vH gesenkt werden soll.

#### Frankreich

22. Die Nationalversammlung spricht der neugebildeten Regierung mit 384 gegen 214 Stimmen das Vertrauen aus.

Rede des französischen Hohen Kommissars in Deutschland, André François-Poncet, anläßlich seiner Aufnahme in die Académie Française (vgl. Kurzbericht auf S. 5514).

- 24.—25. Konferenz des Französischen Rates der Europäischen Bewegung in Paris. Der Präsident des Rates, André François-Poncet, tritt in seiner Rede für die Ratifizierung des EVG-Vertrages ein und sagt, die Verweigerung der Ratifizierung werde zu einer autonomen deutschen Armee führen, die eine Gefahr für die junge deutsche Demokratie werden könnte. François-Poncet befürwortet auch die Bildung der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Abhaltung von direkten europäischen Wahlen.

27. Oesterreich-Note der Sowjetunion und Antwort der Westmächte (vgl. Sowjetunion).

29. Billigung des Budgets für 1953 durch die Nationalversammlung. Es beläuft sich auf 3831 Milliarden Francs, von denen 80 Milliarden zunächst eingefroren werden. Das Budgetgesetz ermächtigt die Regierung zu Reformmaßnahmen auf dem Gebiet der Steuern und der Sozialfürsorge. Bereits am 27. Januar hatte die Nationalversammlung den Militärhaushalt in Höhe von 1427 Milliarden Francs mit großer Mehrheit (517:100) gebilligt.

30. Die Regierung legt dem Parlament den EVG-Vertrag und den Deutschland-Vertrag zur Ratifizierung vor.

#### Griechenland

- 27.—29. Besprechungen des türkischen Außenministers, Fuad Köprülü, mit der griechischen Regierung. Bei den Besprechungen, an denen auch der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Südeuropa, Admiral Carney, teilnimmt, informiert der türkische Außenminister über seine Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung (vgl. Jugoslawien). Vor seiner Abreise erklärt er, daß die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern Fortschritte mache und demnächst noch konkretere Formen annehmen solle.

#### Großbritannien

27. Oesterreich-Note der Sowjetunion und Antwort der Westmächte (vgl. Sowjetunion).

28. Ägyptische Sudan-Vorschläge (vgl. Ägypten).

29. Beendigung der am 1. Januar begonnenen Konferenz über die zentralafrikanische Föderation. In einem kurzen Communiqué wird angekündigt, daß die Ergebnisse in Form eines Weißbuches später veröffentlicht werden sollen.

#### Italien

21. Die Abgeordnetenkammer billigt das neue Wahlgesetz mit 332 gegen 17 Stimmen und spricht damit



der Regierung das Vertrauen aus. Die kommunistischen und linkssozialistischen Abgeordneten hatten vor der Abstimmung die Kammer verlassen. Gegen das Wahlgesetz, das Mandatsprämien für Parteien oder Listenverbindungen vorsieht, die über 50 Prozent der Stimmen erreichen, hatten die linksextremen Parteien Streiks und Demonstrationen organisiert, die zu schweren Zusammenstößen führten.

31. Besuch des amerikanischen Außenministers, John Foster Dulles, und des Chefs der MSA, Harold E. Stassen, bei der italienischen Regierung (vgl. USA).

#### Jugoslawien

- 20.—24. Besuch des türkischen Außenministers, Fuad Köprülü. In einem Kommuniqué wird die Notwendigkeit festgestellt, konkrete Formen für die zukünftige Zusammenarbeit beider Länder zur Wahrung ihrer Sicherheit zu finden. Der türkische Außenminister erklärt dazu auf einer Pressekonferenz, daß die Besprechungen sich hauptsächlich um Verteidigungsfragen drehen. Er weist auf die Möglichkeit eines Verteidigungspaktes zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei hin und kündigt weitere Verhandlungen über diese Frage an.

#### Niederlande

17. Außenminister Johan W. Beyen erklärt vor der Auslandspresse im Haag, der europäische Gemeinschaftsinn sei noch dermaßen unentwickelt, daß vorläufig nicht an eine vollständige politische Integration gedacht werden könne, denn mit Enthusiasmus allein könne man nicht regieren. Die Grundbedingung für die politische Integration sei die wirtschaftliche Integration, und diese setze gemeinsame wirtschaftliche Interessen von Dauer voraus. Dies sei aber, wie das Beispiel der BENELUX-Union zeige, nicht immer der Fall.
27. Die Regierung teilt der amerikanischen Regierung mit, daß die Niederlande auf weitere amerikanische

Wirtschaftshilfe verzichten, jedoch Waffenhilfe und off shore-Aufträge weiterhin benötigen.

#### Oesterreich

- 26.—27. Staatsbesuch des belgischen Außenministers, Paul van Zeeland. In einer Pressekonferenz erklärt van Zeeland, seine Besprechungen hätten wieder einmal gezeigt, daß Oesterreich und Belgien die gleichen Ziele hätten. Er würde eine Teilnahme Oesterreichs an der Montanunion oder wenigstens eine möglichst enge Verbindung mit ihr begrüßen.
27. Note der Sowjetunion an die Westmächte über den Staatsvertrag und Antwort der Westmächte (vgl. Sowjetunion).

#### Rumänien

23. Eröffnung der im November 1952 gewählten Nationalversammlung. Annahme des Budgets für 1953 in Höhe von 37,51 Milliarden Lei. Neuwahl der Regierung: Ministerpräsident Gheorghe Gheorghiu-Dej, Außenminister Simeon Bughici und Verteidigungsminister Emil Bodnares behalten ihre Posten.

#### Sowjetunion

27. Antwortnote an die drei Westmächte auf deren Note vom 12. Januar über den österreichischen Staatsvertrag. Die Sowjetregierung erklärt die Oesterreich-Resolution der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1952 für rechtswidrig und verlangt als Bedingung für die Wiederaufnahme der österreichischen Staatsvertragsverhandlungen, daß die Westmächte ihren Entwurf eines Kurzvertrages vom 13. März 1952 vorher zurückziehen. Am 29. Januar lehnen die Westmächte in ihren Antwortnoten die sowjetische Bedingung ab, betonen aber, daß sie zu einer Konferenz ohne vorherige Bedingungen jederzeit bereit sind.
29. Neue Protestnote an Dänemark wegen der geplanten Errichtung von NATO-Luftstützpunkten auf dänischem Boden. In der Note heißt es, die dänische Regierung nehme damit direkt teil an den Vorbereitungen eines Krieges gegen die Sowjetunion.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

16. Ministerpräsident Mohammed Naguib gibt in einer Rundfunkansprache die Aufdeckung einer Verschwörung und die Verhaftung von 25 Offizieren bekannt. Gleichzeitig verfügt er die Auflösung aller politischen Parteien mit der Begründung, daß sie den nationalen Aspirationen Aegyptens im Wege stehen und die Einigkeit des Landes untergraben. Am 17. Januar werden die außerordentlichen Vollmachten General Naguibs um ein halbes Jahr verlängert.
23. In einer Rede anläßlich der Erinnerungsfeier an seine Machtergreifung verkündet General Naguib die Gründung einer Nationalen Befreiungsfront. Er ruft das Volk auf, für die Befreiung von der britischen Besatzung zusammenzustehen. Am 27. Januar beschließt der Gewerkschaftsbund seine Selbstauflösung und sein Aufgehen in der Befreiungsfront. In einem Interview beschuldigt Naguib am gleichen Tage Großbritannien der Urheberchaft an der aufgedeckten Verschwörung. Er sagt, die Aegypter seien bereit, für

ihre Unabhängigkeit zu kämpfen und zu sterben, falls Großbritannien die Suezkanalzone nicht freiwillig räume.

23. Ministerpräsident Mohammed Naguib überreicht dem britischen Botschafter die Gegenvorschläge Aegyptens für das geplante Abkommen über die Zukunft des Sudans.

##### Südafrikanische Union

27. Die Regierung bringt im Abgeordnetenhaus ein Gesetz ein, durch das ihr im Falle einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit besondere Vollmachten verliehen werden sollen. Der Führer der Opposition, J. G. Strauss, stellt einen Mißtrauensantrag und beschuldigt die Regierung, durch ihre Rassenpolitik gefährliche Reaktionen hervorgerufen und Südafrika den befreundeten Nationen entfremdet zu haben.

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

16. Erklärung des künftigen Außenministers, John Foster Dulles, vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Se-



nats über die künftige Außenpolitik. Er sagt, daß er in diesem Jahre keine wesentliche Änderung beabsichtige, daß er jedoch glaube, einiges besser machen zu können, als es bisher gemacht wurde. Als besondere Gefahren nennt er das Nachlassen des europäischen Einigungswillens, den Mißkredit der Vereinigten Staaten bei den Völkern des Fernen Ostens und die Spannungen zwischen einigen europäischen Ländern und ihren afrikanischen Gebieten.

17. Präsident *Truman* nimmt den Rücktritt seines Kabinetts entgegen.
20. Amtseinführung des neuen Präsidenten, *Dwight D. Eisenhower*. In seiner Antrittsrede verkündet Eisenhower neun Grundsätze, in denen er für eine Politik der Stärke zur Abschreckung jeder Aggression eintritt. Er lehnt jede unehrenhafte Beschwichtigung ab, erklärt sich für die Fortsetzung der Hilfe für befreundete Nationen, soweit diese selbst ihren vollen Anteil an der Verteidigung tragen, und empfiehlt den europäischen Staatsmännern, sich mit erneuter Energie für die Einigung Europas einzusetzen.
21. Der Senat bestätigt die neue Regierung mit Ausnahme des Verteidigungsministers, *Charles E. Wilson*, der erst am 26. Januar bestätigt wird. Am 27. wird auch der Direktor der MSA, *Harold E. Stassen*, vom Senat bestätigt. (Die Zusammensetzung des Kabinetts vgl. Zeittafel in EA 1/1953.)
23. Kommandowechsel in Korea (vgl. Korea).
27. Außenminister *Dulles* kündigt in einer Rundfunkrede eine Revision der amerikanischen Außenpolitik im Falle des Scheiterns der europäischen Einigung an. Als Gesichtspunkte der künftigen Außenpolitik nennt er Offenheit, Einfachheit und Rechtschaffenheit. Österreich-Note der Sowjetunion und Antwort der Westmächte (vgl. Sowjetunion).
28. Der Direktor der MSA, *Harold E. Stassen*, kündigt bei der Uebernahme seines Amtes eine eingehende Ueberprüfung und Neufestsetzung der amerikanischen Hilfeprogramme an.
29. Außenminister *Dulles* und MSA-Direktor *Stassen* treten eine Informationsreise durch Westeuropa an. Am 31. Januar beginnen sie in Rom Besprechungen mit der italienischen Regierung.
30. Beginn einer Konferenz in Washington über die Verlängerung des am 31. Juli 1953 ablaufenden Weltweizenabkommens.

## ASIEN

### Irak

17. Erste direkte Parlamentswahlen in der Geschichte des Landes. Die Unionspartei des früheren Ministerpräsidenten *Nuri es-Said*, der im November 1952 vorübergehend die Macht an eine Militärregierung abgetreten hatte, erringt die absolute Mehrheit der Sitze.
26. Rücktritt des Ministerpräsidenten, General *Nurreddin Mahmud*. Am 30. Januar wird die neue Regierung unter Ministerpräsident *Jamil el Madfai* gebildet, der *Nuri es-Said* als Verteidigungsminister angehört. Außenminister ist *Tawfik el Suweidi*.

### Korea

23. Zum Nachfolger des am 31. März in den Ruhestand tretenden Befehlshabers der UN-Landstreitkräfte in Korea, General *James Van Fleet*, wird General *Maxwell D. Taylor* ernannt. General *Van Fleet* erklärt am 25. Januar in einer Abschieds-Pressekonferenz, er halte nach wie vor eine Verstärkung der Hilfe der freien Nationen für Korea für notwendig.

### Persien

20. Das Medschlis billigt mit 59 gegen 1 Stimme die Verlängerung der am 9. Februar ablaufenden Sondervollmachten für Ministerpräsident *Mossadegh* um ein weiteres Jahr. Am 20. Januar ermahnt der Präsident des Medschlis und religiöse Führer, *Mullah Ayatollah Kaschani*, der sich bereits am 18. Januar gegen die Verlängerung der Vollmachten ausgesprochen hatte, den Ministerpräsidenten, sich dieser Vollmachten nicht gegen die Interessen der Bevölkerung zu bedienen; eine von *Mossadegh* erbetene Aussprache lehnt er ab.
31. Die Regierung beendet die der Sowjetunion erteilte Konzession für den Fischfang an der persischen Küste des Kaspischen Meeres.

### Vietnam

25. In den in der Hand der Regierung befindlichen Teilen Vietnams finden als erste allgemeine und direkte Wahlen Gemeindewahlen statt, an denen sich die Bevölkerung trotz der Drohungen der Vietminh-Bewegung zu 80 vH beteiligt. Die Regierungsparteien erhalten in den meisten Gemeinden die absolute Mehrheit.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Erika Feldmann, Frankfurt; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Hauffstraße 5, Telefon 78 021

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2.50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel